

**Reihe
Weltpolitik und Sicherheit**

1

**Programm für Studien in Strategie
und internationaler Sicherheit (PSIS)**

**Arnold Hottinger / Godfrey H. Jansen /
Zuhayr Mikdashi**

**Der Islam in der
Weltpolitik**

R. G. FISCHER

D. A. J. O. V. L.
III. 87
Zürich

**Arnold Hottinger
Godfrey H. Jansen /
Zuhayr Mikdashi**

Der Islam in der Weltpolitik

**Reihe
Weltpolitik und Sicherheit**

1

**Herausgegeben vom Programm für Studien
in Strategie und internationaler Sicherheit
(PSIS), Genf**

**Arnold Hottinger
Godfrey H. Jansen
Zuhayr Mikdashi**

Der Islam in der Weltpolitik

**Deutsche Übersetzung
von Marianne Abu-Ihya**

R. G. Fischer Verlag

Dieser „Beitrag zur Weltpolitik und Sicherheit“ darf ohne die schriftliche Genehmigung des Programms für Studien in Strategie und internationaler Sicherheit auch auszugsweise weder nachgedruckt noch in irgendeiner anderen Form (etwa durch photomechanische Wiedergabe, Mikrofilm usw.) vervielfältigt werden.

Bei den in diesem PAPER zum Ausdruck gebrachten Meinungen handelt es sich um Ansichten der Verfasser, die nicht unbedingt mit denen des PSIS übereinstimmen müssen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der Islam in der Weltpolitik / hrsg. von The Graduate Inst. of Internat. Security Studies, Programme for Strategic and International Studies, Genf. - Frankfurt (Main): R. G. Fischer, 1982. (Weltpolitik und Sicherheit; Bd. 1)
ISBN 3-88323-351-X

NE: Institut de Hautes Etudes Internationales (Genève); GT

© 1982 by R. G. Fischer Verlag,
Alt Fechenheim 73, D-6000 Frankfurt 61
Alle Rechte vorbehalten.
Satz: Johanna Sausse, München
Herstellung: Offsetdrukkerij Kanters, Albllasserdam.
Printed in the Netherlands.
ISBN 3-88323-351-X

Inhalt

	Seite
Vorwort	7
Arnold HOTTINGER: Islam und Weltpolitik: Die politische Sprengkraft des „Fundamentalismus“	9
Godfrey H. JANSEN: Die gegenwärtige Situation und die künftigen Möglichkeiten des militanten Islam	26
Zuhayr MIKDASHI: Der Entwicklungsgedanke im Islam	43
Anhänge	55
PSIS OCCASIONAL PAPERS	56

Vorwort

Im Rahmen des „Programms für Studien in Strategie und Internationale Sicherheit“ wurde am 5. 6. 1980 am Institut für höhere internationale Studien in Genf ein Kolloquium über die Bedeutung des Islam in der Weltpolitik abgehalten. Das Ziel dieser Veranstaltung bestand darin, einen Beitrag zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Unruhen im Nahen Osten und in der Golfregion zu leisten und die weitreichenden Auswirkungen der dortigen Ereignisse auf die Situation in der übrigen Welt abzuschätzen.

Eine Gruppe von Experten wurde gebeten, folgende Themenkreise zu erörtern: der politische und wirtschaftliche Einfluß des Islam auf das Weltgeschehen; der Gedanke der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den islamischen Gesellschaften; die aktuelle Frage, ob und inwieweit das Wiederaufleben des Islam als politische Kraft auch in Zukunft eine Rolle spielen kann.

An drei der Redner – Dr. A. Hottinger, G. H. Jansen und Prof. Z. Mikdashi – wurde die Bitte gerichtet, die wesentlichen Aussagen ihrer Vorträge schriftlich zu formulieren. Die auf diese Weise entstandenen Aufsätze haben wir, um sie einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, zu einer Nummer der *PSIS OCCASIONAL PAPERS* zusammengestellt.

Der Schweizer Dr. Arnold Hottinger ist ein hervorragender Kenner der arabischen Welt; er verfaßt seit langem Beiträge für die *Neue Zürcher Zeitung*.

Prof. Zuhayr Mikdashi aus dem Libanon hat Wirtschaftswissenschaften studiert und ist Generalsekretär des European-Arab Business Council.

Godfrey H. Jansen, ein früheres Mitglied des indischen diplomatischen Dienstes, hat eine Reihe von Büchern über Fragen der Weltpolitik verfaßt. Zur Zeit ist er als Nahostkorrespondent der Zeitschrift *The Economist* tätig.

Onkar Marwah, Chefredakteur

ISLAM UND WELTPOLITIK: DIE POLITISCHE SPRENGKRAFT DES „FUNDAMENTALISMUS“

Arnold HOTTINGER

Einleitung

Der Islam als politischer Faktor ist für einen Außenstehenden vielleicht nichts weiter als eine der vielen Kräfte, die im weltpolitischen Geschehen eine Rolle spielen. Nur aus ihrem eigenen Kontext heraus läßt sich die spezifische Dynamik dieser Religion erfassen und deuten: dann nämlich, wenn man versucht, sich den Standpunkt der Muslime zu eigen zu machen. Denn in der Gemeinschaft der Muslime haben Eigenart und Dynamik des Islam ihren Ursprung. Wenn deren Handlungen Reaktionen auf äußere Ereignisse – etwa auf Repressalien nicht-islamischer Staaten und Mächte – darstellen, mag ihr islamischer Charakter nicht immer offensichtlich sein. Aber selbst Handlungen dieser Art sind islamisch, da ihre Urheber muslimischen Gemeinschaften angehören. Daher muß jeder Versuch, die wachsende Bedeutung der islamischen Politik zu erklären und ihre Hintergründe zu verstehen, von der Situation ausgehen, in der sich die Mehrheit der Muslime ihrer eigenen Auffassung nach gegenwärtig zu befinden scheint.

Ein Kennzeichen dieser Situation ist die erst vor kurzem erfolgte politische und auf kulturellem Gebiet unvollständig gebliebene Befreiung von der Übermacht oder Herrschaft fremder Mächte und Lebensstile. Die Haltung Khomeinys hat – trotz ihrer Radikalität – exemplarischen Charakter: Für Khomeiny war die politische Macht des Schahregimes nicht viel mehr als ein Vorwand bzw. ein Werkzeug, dessen sich die Westmächte (insbesondere die USA) bedienten, um im Iran ihren Willen durchzusetzen und ihre Interessen geltend zu machen. Das Land muß sich nicht nur von diesem Regime, sondern von

allem, was westlich und damit unislamisch ist, befreien. Dies gilt ebenso für das westliche Demokratieverständnis wie für Universitäten westlichen Stils. Sogar die Armee des Iran soll in eine islamische Streitmacht umgewandelt werden. Auch das Wirtschaftssystem soll – so Präsident Bani Sadr – eine neue Struktur erhalten. Bei all den Dingen, die abgeschafft oder verändert werden sollen handelt es sich offensichtlich um Einrichtungen, von denen man glaubt, daß „der Westen“ sie den islamischen Gesellschaften aufgezwungen hat. Vom historischen Standpunkt aus sprechen gute Gründe für eine solche Auffassung. Seit dem 16. Jahrhundert hat der Westen, der seinen Ursprung dem Christentum verdankt, aufgrund seiner militärischen Stärke und seiner Überlegenheit auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem und organisatorischem Gebiet in den Ländern des Islam zunehmend Fuß gefaßt. Dies geschah z.T. deswegen, weil sie dem europäischen Expansionismus im Wege standen, der sich damals über den ganzen Erdball auszubreiten begann. Besonders heftig wurde der Zusammenprall zwischen dem Westen und dem Islam infolge der geringen geographischen Entfernung, die zwischen den beiden Bereichen liegt. Somit bestand die erste Etappe des europäischen Expansionismus im Durchdringen und Durchkreuzen des Gürtels, den der Islam im Süden und Osten um Europa gelegt hatte. Darüber hinaus hatte es lange vor Beginn der „Neuzeit“ und der europäischen Expansion zwischen den beiden Religionen und den unter ihrem Einfluß entstandenen Zivilisationen immer wieder Spannungen gegeben, die auf Rivalitäten und beiderseitigen Angriffshandlungen beruhten. Die jahrhundertelange Machtprobe endete in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts damit, daß nahezu die gesamte islamische Welt unter die Kolonialherrschaft der Westmächte geriet. Eine der wenigen Ausnahmen, Saudi-Arabien, zeichnet sich bis heute durch eine Situation im Landesinneren und eine Haltung gegenüber dem Westen aus, die sich von derjenigen kolonisierter islamischer Staaten unterscheidet.

Als es zur politischen Befreiung kam, hatte die kulturelle Überfremdung bereits tiefe Spuren hinterlassen. In fast allen islamischen Staaten existieren gegenwärtig zwei unterschiedliche Bildungssysteme nebeneinander; das eine wird gewöhnlich als westlich, das andere als islamisch oder traditionell bezeichnet. Im allgemeinen genießt das westliche, mehr oder weniger an ausschließlich weltlichen Werten orientierte Bildungssystem höheres Ansehen als das islamische, und aus ihm gehen künftige Eliten hervor. Je stärker der kulturelle Einfluß der Kolonialherren wurde, umso weniger ließ sich die politische Herrschaft der Ungläubigen mit dem Denken und Fühlen der Muslime vereinbaren. Der wiedererwachte Islam stellte eine der beiden Kräfte dar, die in der islamischen Welt Befreiungsbewegungen und -kämpfe aufkommen ließen. Die zweite, der Nationalismus, scheint z.T. in der islamischen Vergangenheit und in dem Gefühl des Andersseins zu wurzeln, das der Kontakt der Muslime mit den Kolonialmächten hervorrief.

Politische Befreiung und Unterentwicklung

Der Prozeß der politischen Befreiung ist heute nahezu abgeschlossen, wenngleich die Fortdauer der Herrschaft Israels über Palästina und die heilige Stadt Jerusalem in den Augen der Araber ein Zeichen für den Fortbestand des Kolonialismus und damit ein unhaltbarer Zustand ist. Demgegenüber ist es den islamischen Staaten im Grunde nicht gelungen, im Zuge ihrer politischen Befreiung eigene und adäquate Formen der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Organisation zu entwickeln. Dies bezeugen die zahlreichen Putschs in der arabischen Welt und das in weiten Kreisen der Bevölkerung vieler islamischer Staaten herrschende Unbehagen, angeblich eine Folge der „Unterentwicklung“. Die Maßnahmen jedoch, die bisher getroffen wurden, um diesem Übel zu begegnen (wie etwa Agrarreformen, Aufbau von Industrien, Ausbau des Bildungswesens, Schaffung eines Einparteiensystems mit dem er-

klärten Ziel, die Länder zu entwickeln) haben sich – gelinde gesagt – keineswegs als Allheilmittel erwiesen. Häufig zogen sie Enttäuschungen nach sich.

Ernüchterung folgte in der arabischen Welt auf die große Welle panarabischer Begeisterung, die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte; enttäuschend verlief auch das Experiment des Arabischen Sozialismus Nasser-scher Prägung. In Pakistan, das gegründet worden war, um den indischen Muslimen die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes, spezifisch islamisches Leben zu führen, blieben die Hoffnungen der frühen Jahre ebenfalls unerfüllt. Verlorene Kriege, Militär-putschs, die Sezession Bangladeschs, Diktatur – all dies deutet unmißverständlich auf einen Fehlschlag hin. Die Türkei macht zur Zeit eine tiefe Krise durch; Anzeichen hierfür sind wirtschaftliche, politische und soziale Spannungen. In Afghanistan marschierten sowjetische Truppen ein. Auch in Indonesien kam es zu Unruhen.

Es ist nur natürlich, daß zumindest ein Teil der in jenen Ländern lebenden Muslime auf die Idee kam, ihre Unfähigkeit, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der dortigen Bevölkerung zu lösen, mit der Vernachlässigung des islamischen Erbes in Verbindung zu bringen. Man gewann zunehmend die Überzeugung, daß die islamischen Gesellschaften jede Art von Unglück, Niedergang und Unterdrückung, die unter westlichem Einfluß entstanden war, würden überwinden können, sofern sie ihre Religion wirklich ernstnahmen und sich streng an ihre Anweisungen und Prinzipien hielten. In der Tat ist für einen gläubigen Muslim nichts anderes denkbar: eine Gesellschaft, deren Aufbau islamischen Kriterien entspricht, muß erfolgreich sein – heute ebenso wie in der Frühzeit des Islam. Hieraus ergibt sich primär die Notwendigkeit, zu einem islamischen Lebensstil, zum göttlichen Gesetz – der Scharia –, zu einem wirklichen Verständnis des Islam und zur genauen Befolgung seiner Gebote im privaten und öffentlichen Leben zurückzufinden.

Bereits in den dreißiger Jahren entwickelte die Muslim-Bruderschaft eine derartige Auffassung; sie beinhaltete die Not-

wendigkeit, zum Islam in seiner strengsten und reinsten Form zurückzukehren. Doch die Bruderschaft kam in Konflikt mit den Verfechtern anderer Ideologien, die man damals für wirkungsvoller und zukunftsträchtiger hielt – vor allem mit Nasser, der eine Mischung von Nationalismus, Sozialismus und Panarabismus verkündete, sowie mit der syrischen Baath-Partei, die einen ähnlichen ideologischen Mischmasch propagierte. Die Enttäuschung über diese und andere Entwürfe – etwa auch die „Weiße Revolution“ und die „Große Zivilisation“ des Schah und in gewissem Sinne sogar der laizistische Türkische Nationalismus Kemal Atatürks, der von einigen Türken der nachfolgenden Generation als „bourgeois“, von anderen wiederum als unislamisch und daher „fremdländisch“ bezeichnet wurde – führte in jüngster Zeit zu einer Renaissance „fundamentalistischer“ Ideologien in der Welt des Islam. Während diese Ideologien von ihren Anhängern schlicht als „islamisch“ qualifiziert werden, nennen außenstehende Beobachter sie „fundamentalistisch“, weil ihr Hauptanliegen darin besteht, die genaue Befolgung der islamischen Gebote durchzusetzen, wobei außerdem verlangt wird, daß man die Versuche der Anhänger anerkennt, diese Gebote aus ihrem Zusammenhang zu lösen und sie zu definieren.

Der Fundamentalismus betont sehr deutlich die sozialen und politischen Aspekte des Islam, der ja von Anfang an eine politische Religion war. Fast überall in der islamischen Welt wächst gegenwärtig die Zahl seiner Anhänger. In den weitaus meisten islamischen Staaten gibt es eine fundamentalistische Opposition, und zumindest im Iran regiert sie nachdem es ihr gelungen ist, das alte Regim zu stürzen. Da aber, wo sie „nur“ Opposition ist, nötigt sie die Machthaber zu besonderer Vorsicht. Einige Regierungschefs, wie z.B. der ägyptische Präsident Sadat, machten den Fundamentalisten Zugeständnisse, um sie zu beruhigen, oder um ihnen möglichst wenig Gelegenheit zur Agitation zu geben. Die Popularität fundamentalistischer Bewegungen ist vielfach umgekehrt proportional zum Erfolg eines Regimes. Läßt dessen Verhalten nach Meinung der von ihm

regierten Bevölkerung sehr zu wünschen übrig, so müssen sich einige Gruppen unzufriedener Staatsbürger zu der neuen islamischen Schule hingezogen fühlen, die die Lehrmeinung vertritt, daß nur dann alles in Ordnung kommen kann, wenn die Muslime wieder so genau wie möglich die grundlegenden Anweisungen ihrer Religion befolgen. In der Tat war die Voraussetzung für die fundamentalistische Machtergreifung im Iran die wachsende Unbeliebtheit des Schah infolge der korrupten Verhältnisse, die unter seinem Regime herrschten, und infolge der Bereitwilligkeit, mit der er ausländischen Mächten seine Dienste anbot.

Das Beispiel des Iran

Die Ereignisse im Iran nahmen einen in vieler Hinsicht besonderen Verlauf, der in mehr als einer Hinsicht recht eigenartig wirkt. Der Grund dafür, daß die Iranische Revolution zu den uns bekannten Entwicklungen führte, ist der eher schiitische als sunnitische Charakter des Landes. Hinzu kommt, daß der frühere Herrscher aufgrund der ihm eigenen Kurzsichtigkeit blindlings so utopischen Zielen wie dem „Einholen Großbritanniens innerhalb von 15 Jahren“ nachjagte, während er bei der Ausübung seiner Herrschaft immer häufiger seine grausame Geheimpolizei zum Einsatz brachte. Schließlich waren nur noch die Mullahs in der Lage, der Unzufriedenheit des Volkes Ausdruck zu verleihen; alle anderen Möglichkeiten, öffentlich Meinungen zu äußern, hatte das Regime bzw. die Geheimpolizei unterbunden. Einer dieser Kleriker, der im Exil lebende Fundamentalist Khomeiny, wurde zum Symbol des unnachgiebigen Widerstands gegen den verhaßten Monarchen. Unter diesen besonderen Voraussetzungen gelang es Khomeiny und den Mullahs, die sich als seine Anhänger und Gefolgsleute bezeichneten, sich der Herrschaft zu bemächtigen und eine Position zu erringen, die es ihnen erlaubte, die fundamentalistischen Lehren in die Praxis umzusetzen.

Viel Erfolg war ihnen dabei bislang nicht beschieden. Man hat versucht, die islamischen Vorschriften genau zu befolgen, sowie alle Einrichtungen abzuschaffen und Entwicklungen rückgängig zu machen, die man als „unislamisch“ empfand; dieser ambivalente Begriff kann sowohl „antiislamisch“ als auch einfach nur „ohne Bezug zum Islam“ bedeuten. Bisher jedoch hat die Gemeinschaft der Gläubigen keinen merklichen Fortschritt erzielt. Es ist ihr nicht gelungen, die grundlegenden Probleme der politischen Organisation des Iran (etwa das Minderheitenproblem) zu lösen. Der Wirtschaftsapparat, dessen Zustand die gescheiterten Entwicklungsbemühungen des Schah widerspiegelte, brach schon zu Beginn der Islamischen Revolution zusammen. Darüber hinaus wurde jede öffentliche Diskussion über Grundfragen der Organisation des Landes abgeblockt. Die Mullahs erklärten mit Entschiedenheit, daß der Islam in der von ihnen propagierten Form bereits alle wichtigen Probleme gelöst habe. Scharen fanatisierter Anhänger aus den Kleinen-Leute-Vierteln der Hauptstadt wurden überall dorthin entsandt, wo es galt, Parteien, Zeitungen und politische Gruppen außer Gefecht zu setzen, die über den künftigen Kurs diskutieren und debattieren wollten.

Schon allein die Tatsache, daß es geglückt war, ein so mächtiges und mit Rüstungsgütern wohlversorgtes Regime wie das des Schah zu stürzen, indem man es im Namen des Islam öffentlich anprangerte, gab zunächst allen islamischen Kreisen, insbesondere den fundamentalistischen Bewegungen großen Auftrieb – selbst in Ländern, die sich zur sunnitischen Richtung bekennen. Jenes Ereignis schien die Hauptthese des Fundamentalismus zu untermauern, deren Quintessenz lautet: „Gehorche dem Gesetz Gottes, und Er wird dir helfen.“ Aufgrund dieses überlieferten Leitsatzes müssen aber auch die Mißerfolge der iranischen Fundamentalisten, die sich ja immer deutlicher abzeichnen, die Gläubigen selbst zu einer skeptischen und kritischen Haltung gegenüber dem Fundamentalismus veranlassen und bei ihnen Enttäuschung hervorrufen. Aber selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einer Intervention der Supermächte kommt, dürfte ein

harter Kern sunnitischer Fundamentalisten bestehen bleiben. Diese könnten argumentieren, daß das Scheitern des iranischen Experiments auf den besonderen Charakter dieses Landes und die dort herrschende schiitische Lehre zurückzuführen sei. Und gewiß würden einige an dem Grundsatz festhalten, daß Gott ihnen helfen muß, wenn sie ihm nur den schuldigen Gehorsam erweisen. Nichtsdestoweniger wird der Erfolg oder Mißerfolg des Khomeinyschen Experiments den künftigen Werdegang des Fundamentalismus nachhaltig beeinflussen. Je nachdem, welchen weiteren Verlauf dieses Experiment nimmt, werden sich potentielle Sympathisanten und Gläubige abschrecken lassen oder zu Anhängern der Bewegung werden.

Fundamentalistische Gruppen in verschiedenen islamischen Staaten

Eine wichtige Rolle spielen fundamentalistische Gruppen z.Zt. innerhalb der tunesischen Oppositonsbewegung; an den Universitäten geraten sie häufig in Konflikt mit linksgerichteten Studenten. Angeblich existieren Verbindungen zwischen den Fundamentalisten und der oppositionellen Studentenbewegung der „Arabisten“, die im Winter 1979/1980 in Algerien öffentlich in Erscheinung trat. Übrigens kam es zu einer friedlichen Einigung zwischen dem Regime und den „arabistischen“ Studenten, während die Vorkämpfer des „Berberismus“, die, vom Erfolg der „Arabisten“ ermutigt, ihrerseits „Rechte“ für die eigene Sprache und Kultur beanspruchten, Repressalien ausgesetzt waren. In Ägypten sind die Fundamentalisten so einflußreich, daß sich Präsident Sadat ihretwegen gezwungen sah, eine komplizierten Gesetzmäßigkeiten gehorchende „Islampolitik“ zu führen; bald machte er den Fundamentalisten durch scheinbare Zugeständnisse an ihre „islamischen“ Forderungen Mut, bald entmutigte er sie wieder, indem er für die Trennung von Islam und Politik eintrat. In Syrien sind die Fundamentalisten ohne Zweifel der tragende Pfeiler des bewaffneten Widerstands

gegen das alawitische Regime Präsident Assads. Sie versuchen, ein Scheitern dieses „Ketzerregimes“ herbeizuführen, indem sie systematisch eine möglichst große Zahl seiner Anhänger und Würdenträger ermorden. Dafür sind sie selber den heftigen und blutigen Verfolgungskampagnen des Regimes ausgesetzt. Wer letztlich die Oberhand gewinnen wird, steht noch nicht fest.

In der Türkei sorgte die fundamentalistische Partei Erbakans, die Nationale Heilspartei, jahrelang für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den beiden großen politischen Parteien. Infolgedessen spielte sie in der türkischen Politik eine bedeutende und ziemlich fatale Rolle. Im Irak hinderte die regierende Baath-Partei die der schiitischen Mehrheit angehörenden Sympathisanten Khomeinys daran, öffentlich Macht auszuüben; jetzt spielen sie die Rolle einer Untergrund-Opposition. Vor kurzem kam es im Libanon zu Spannungen zwischen Sympathisanten der irakischen Baath-Partei und Angehörigen schiitischer Milizen, die die verfolgte schiitische Mehrheit des Irak unterstützen. Der pakistanische Militärdiktator General Zia ul-Haq ist selber Fundamentalist und ein Schüler Mawdudis, eines Vorkämpfers für diese Lehre. Unter den in Afghanistan gegen die sowjetische Besatzungsmacht und das marxistische Regime kämpfenden Gruppen sind einige, die man als fundamentalistisch bezeichnen kann. Auch in Indonesien existieren bedeutende fundamentalistische Gruppen.

Das Verhältnis zwischen Fundamentalismus und politischer Elite in der islamischen Welt

Die Existenz all dieser Gruppen und der Einfluß, den sie ausüben, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß in der islamischen Welt gegenwärtig nur eine Minderheit von Aktivisten der fundamentalistischen Bewegung angehört. Aufgrund ihres Erfolges im Iran oder, allgemeiner ausgedrückt, aufgrund ihres militanten und politischen Charakters hat sie sich in der Öffentlichkeit besonders stark bemerkbar gemacht. Nichts-

destoweniger kann die z.Zt. vorherrschende islamische Richtung unter Berücksichtigung mehrerer sehr wichtiger Aspekte als antifundamentalistisch bezeichnet werden. Die meisten Regierungen erkennen den Islam als Staatsreligion an, lehnen jedoch die Schaffung eines islamischen Staates bzw. eines Gemeinwesens, in dem der Islam die Hauptlegitimation ihrer Herrschaft darstellt, ab. Vielmehr vertreten sie den vom Westen übernommenen Standpunkt, daß die Religion eine Privatangelegenheit sei und möglichst wenig Einfluß auf das öffentliche Leben haben sollte. Viele Muslime teilen diese Auffassung. Entweder gehen sie Diskussionen über das problematische Verhältnis zwischen Staat und Islam aus dem Weg, oder sie nehmen ihre Zuflucht zu den alten und erprobten quietistischen Lehren des Mittelalters, die den Muslimen empfehlen, sich in ihrem eigenen Interesse – und um innenpolitischen Konflikten vorzubeugen – mit jedem Herrscher abzufinden, der ihnen erlaubt, im Einklang mit Gesetz und Brauchtum des Islam zu leben.

Die Elite praktisch aller modernen islamischen Staaten besteht in der Hauptsache aus ehemaligen Absolventen „westlicher“ Schulen und Universitäten, die zu den herkömmlichen islamischen Bildungsstätten hinzukamen. Das nichtislamische Bildungswesen bringt meist Schüler hervor, deren Einstellung zur Religion mehr oder weniger deutlich das westliche Vorbild verrät. Solche Schüler neigen dazu, Religion und „Wissenschaft“ – sei es Natur- oder Geisteswissenschaft – voneinander zu trennen, indem sie die beiden Phänomene zwei verschiedenen Bereichen des Denkens zuordnen. Von daher bringen sie dem Standpunkt der Fundamentalisten, die, gleich den Europäern des Mittelalters, die Wissenschaft (jedoch nicht unbedingt auch die Politik) der Religion unterordnen wollen, wenig Verständnis, wenn nicht gar ausgesprochenen Widerwillen entgegen. Deshalb ist der Fundamentalismus vor allem eine Angelegenheit der Unterschicht und der unteren Mittelschicht. Abgesehen von den (keineswegs ausnahmslos fundamentalistisch gesonnenen) spirituellen Führern der Muslime gehören zu dieser Bewegung in erster Linie Menschen, die in ihren Ländern mit den „moder-

nen“, auf westliche Einflüsse zurückgehenden Aspekten des Lebens in Berührung gekommen sind, andererseits aber genügend Abstand zu diesen Dingen haben, um aus einem Gefühl der Orientierungslosigkeit und der inneren Unzufriedenheit heraus auf die Idee zu kommen, aus ihrer ursprünglichen Quelle – dem Islam – zu schöpfen, auf diese Weise zu einer eigenen Identität zu finden und schließlich zu Fundamentalisten zu werden. Ein vielleicht besonders charakteristisches Beispiel für einen solchen Werdegang ist das der jüngeren Studenten, die aus ländlichen Gebieten oder kleineren Städten in die Großstädte kommen, wo sie sich, da sie keine Fremdsprache in ausreichendem Maße beherrschen, nur einen geringen Teil der westlichen Ideen und des westlichen Wissens aneignen können; zudem fehlt ihnen mangels persönlicher Erfahrung der Blick für das politisch Machbare. In dieser gesellschaftlichen Position befindet sich auch die Mehrheit der Ulema, der traditionellen Experten auf dem Gebiet der Scharia und des koranischen Gesetzeskodex. Daher sind viele von ihnen für die obengenannten Lehren empfänglich, insbesondere dann, wenn sie sich als politisch erfolgreich erweisen und ihren Anhängern den Weg zur Macht ebnen.

Die fundamentalistische Bewegung und der Einfluß des Westens

Was ihr Verhältnis zur Weltpolitik betrifft, so sind die fundamentalistischen Muslime in der Regel entschiedenere Gegner des „atheistischen“ Kommunismus als die Anhänger anderer, weniger aktivistischer Religionen. Die meisten von ihnen sind sich der Tatsache bewußt, daß die Sowjetunion noch immer über Gebiete herrscht, die von alters her islamisch sind. Ihnen allen ist bekannt, daß in Afghanistan Muslime gegen ein pro-sowjetisches Regime und eine sowjetische Besatzungsmacht kämpfen, und gewöhnlich sympathisieren die Fundamentalisten mit den Kämpfenden. In der Praxis jedoch gilt vielfach der Westen als Hauptgegner. Schuld daran ist die Vergangenheit:

Aus dem Westen kamen die meisten der die Muslime unterjochenden Kolonialheere. Weitere Ursachen dieser Haltung sind: der noch immer fast überall in der islamischen Welt zu spürende kulturelle Einfluß des Westens (den die übrigen Muslime nicht sehr deutlich wahrnehmen); der noch immer nicht beendete Kampf um Palästina und Ostjerusalem, der heiligen Stadt der Muslime, Christen und Juden; schließlich die Empörung über den in Gestalt eines „Neokolonialismus“ auftretenden „Westlichen Imperialismus“ und die bis heute spürbare wirtschaftliche, kulturelle und indirekt auch politische Bevormundung durch den Westen. Dabei neigen die fundamentalistischen Gruppen derjenigen Länder, denen der unmittelbare Kontakt zur Sowjetunion fehlt, zu besonders heftigen Reaktionen, wenn es darum geht, Regimes und Lebensstile zu bekämpfen, die der „Westen“ den Muslimen aufgezwungen hat bzw. gegenwärtig aufzwingt. Dergleichen wird als antiislamisch empfunden und meist mit dem Westen und seiner christlichen Tradition oder auch seinem heute vorherrschenden Mangel an Spiritualität in Verbindung gebracht.

Im Iran war die antiwestliche Reaktion deswegen so heftig, weil man das Schahregime mit dem Westen und der sogenannten Verwestlichung nahezu gleichsetzte. Infolgedessen wandte sich die Iranische Revolution praktisch gegen den Westen und vor allem gegen die „Amerikaner“. Es ist ziemlich sicher, daß Khomeiny – ob er nun wußte, was geschehen würde, oder nicht – die Tatsache, daß „islamische Studenten, die dem Weg des Imam folgten“, amerikanische Diplomaten als Geiseln verhafteten und gefangenhielten, benutzt hat, um den Abstand zwischen den Vereinigten Staaten und seinem Volk zu vergrößern. Gewiß rechnete er mit der Gefahr, daß auch nach der Vertreibung des Schah der amerikanische Lebensstil im Iran weiterhin eine Rolle spielen könnte. Vergleichbare Ressentiments gegen die Sowjetunion bestehen nicht, da der Iran seit 34 Jahren keinen täglichen Umgang mehr mit ihr pflegt und daher nicht über die entsprechenden Erfahrungen verfügt.

Die syrischen Fundamentalisten jedoch haben einige der sowjetischen Militärberater angegriffen und ermordet, da sie wissen, daß die Russen einen der Grundpfeiler des von ihnen bekämpften Regimes verkörpern. Die ägyptischen Fundamentalisten sind erbitterte Gegner der Friedenspolitik Präsident Sadats und Mubaraks und haben diese offen kritisiert. Dies macht sie ebenfalls zu Kritikern der Amerikaner, da ihr Hauptinteresse sich im allgemeinen an Israel orientiert. Die Männer, die die Große Moschee in Mekka (Saudi-Arabien) stürmten, standen der fundamentalistischen Bewegung zumindest nahe. Über die Lautsprecher der Moschee warfen sie dem Herrscherhaus Unmoral und Korruption vor und betonten, daß dieses Regime nicht wirklich islamisch sei. Irrigerweise hatten sie angenommen, die Bewohner der Heiligen Stadt würden sich ihrer Revolte anschließen.

Die weltpolitische Bedeutung der Tatsache, daß der islamische Fundamentalismus immer einflußreicher wird, liegt jedoch nicht primär in der Frage begründet, ob die derzeit existierenden und vielleicht noch entstehenden fundamentalistischen Regimes sich für oder gegen den Westen entscheiden, ob sie also – aufgrund alter Ressentiments gegenüber dem Westen – die Sowjetunion bevorzugen, oder ob sie sich dem Westen zuwenden, weil sie allmählich ein Gespür für die Gefahren entwickeln, die dem Islam von sowjetischer Seite drohen: Pro- und antiwestliche Regimes hat es in der islamischen Welt schon früher gegeben, und ein Extrem kann ziemlich schnell in sein Gegenteil umschlagen. Wesentlich wichtiger ist, daß der Fundamentalismus, wie an den Ereignissen im Iran erstmals deutlich zu erkennen ist, den Keim des Aufruhrs in sich trägt. Dies ist ein Wesensmerkmal der fundamentalistischen Bewegung, unter dessen Einfluß das ohnehin labile Gleichgewicht in einer in strategischer Hinsicht so bedeutenden Religion wie dem Nahen Osten zusammenbrechen könnte.

Die Fundamentalisten besitzen deswegen in einem so hohen Maße die Fähigkeit, unruhige Verhältnisse zu schaffen, weil sie an Emotionen appellieren, die vielleicht noch mehr Energien

freisetzen können als ein radikaler Nationalismus, da sie tiefer im Kernbereich des religiösen und menschlichen Empfindens verwurzelt sind. Die fundamentalistische Bewegung bezieht ihre Macht aus dem Bedürfnis, eine eigene Identität zu entwickeln, das, ebenso wie der Nationalismus, eine Reaktion auf die politische, kulturelle und wirtschaftliche Fremdherrschaft darstellt, aber eine breitere Basis hat als jener. Dieses Bedürfnis lässt einen militanten Muslim unter Umständen sogar zum Märtyrer werden.

Das Gefährliche am Fundamentalismus ist demnach sein dogmatischer Charakter, welcher bewirkt, daß seine Anhänger alle Erwägungen der tatsächlichen Durchführbarkeit, des schrittweisen Vorgehens und des Kompromisses dem einen Ziel opfern: der Wiederherstellung der islamischen Lebensweise auf der Grundlage der Scharia und der primären schriftlichen Quellen Koran, Hadith und Sunna. Dies muß zu einer inneren Zerreißprobe führen, da alle islamischen Staaten in den letzten 50 Jahren eine beachtliche Strecke auf dem Weg in die „Moderne“ zurückgelegt haben. So entstanden unter westlichem Einfluß u.a. neue Regierungs- und Wirtschaftssysteme; andere Strukturen des Bildungswesens und der Bürokratie; moderne Armeen; politische Parteien und Gewerkschaften; Gesetzbücher und ein modernes Justizwesen. Ein symbolträchtiger Nebenaspekt dieser Entwicklung ist die Übernahme der westlichen Kleidung.

Ein Außenstehender wird es für unwahrscheinlich, wenn nicht für ausgeschlossen halten, daß die Fundamentalisten, einmal an die Macht gelangen, diese ganze Entwicklung rückgängig machen könnten, um eine Lebensweise wiedereinzuführen, deren normative Grundlage im Falle der Scharia bis ins 9. nachchristliche Jahrhundert zurückreicht und im Falle der schriftlichen Quellen sogar noch älter ist. Die Erfahrungen der iranischen Fundamentalisten, die dem „Weg des Imam“ folgen, scheinen diese Skepsis zu rechtfertigen. Nach dem Sturz des Schah wurden zwar zahlreiche, etwas chaotisch verlaufende Wahlen durchgeführt, aber es kam bisher zu keiner Konsolidierung der Machtverhältnisse im Iran. Am Kurden-

problem entzündete sich ein Bürgerkrieg, und immer häufiger entluden sich starke innere Spannungen. Die Fundamentalisten neigen dazu, hierfür das Ausland verantwortlich zu machen, das sie der Einmischung in die Angelegenheiten des Iran bezichtigen. Vor kurzem hat jedoch Khomeiny selber zugegeben, daß die innenpolitischen Spannungen die Revolution stärker gefährdeten als irgendeine Intervention von außen. Er sprach die Warnung aus, daß es aufgrund dieser Konflikte erneut zu einer Fremdherrschaft kommen könnte.

In jedem islamischen Staat, in dem sich die Fundamentalisten der Herrschaft bemächtigen, dürfte sich eine ähnliche Situation ergeben – einfach deswegen, weil ihr Aktionsprogramm im Grunde „nicht von dieser Welt“ oder zumindest nicht auf heutige Verhältnisse zugeschnitten ist. Jene inneren Kämpfe können nur dann vermieden oder friedlich beigelegt werden, wenn die Fundamentalisten zu Diskussionen bereit sind, die zu einer Art Ausgleich führen, zur Koexistenz und zur Harmonie, mit anderen Worten: zu einem fruchtbaren Kompromiß zwischen den Grundprinzipien des Islam, deren Verwirklichung die Fundamentalisten anstreben, und den Erfordernissen des täglichen Lebens, die sich – bisher hauptsächlich unter westlichem Einfluß – in einer bestimmten Weise entwickelt haben. Sobald die Fundamentalisten jedoch derartige Kompromisse und damit eine Änderung ihrer dem Mittelalter entstammenden religiösen Grundhaltung in Erwägung ziehen, sind sie keine Fundamentalisten mehr; sie sind dann gezwungen, zeitgenössische Formen des Islam zu entwickeln.(1)

Manche Richtungen streben etwas derartiges an. Zu ihren Anhängern gehören im Iran Männer wie der verstorbene Ayatollah Taleghany und der zurückgetretene Premierminister Bazargan, ferner die verfolgten Gruppen der Mujahedin-e-Khalq und viele andere. Sie alle aber sind Repressalien und Verfolgung

(1) G.H. Jansen bezeichnet die Anhänger dieser Richtung als „Reformer“ – vgl. den Beitrag: „Die gegenwärtige Situation und die künftigen Möglichkeiten des militanten Islam“.

gen ausgesetzt. Hierin liegt eine Gefahr für die Weltpolitik, da der Schauplatz all dieser Ereignisse eine Region ist, die eine große strategische Bedeutung besitzt und die aufgrund ihres Ölreichtums für die westliche Wirtschaft lebenswichtig ist. Unruhen in einer solchen Region müssen zumindest eine der beiden Großmächte auf den Plan rufen, was im Iran bereits geschah und ohne weiteres auch in Zukunft geschehen könnte – dann aber mit verheerenden Auswirkungen. Würden beispielsweise in Saudi-Arabien fundamentalistische Gruppen die Macht übernehmen so käme es zwangsläufig zu einer kaum vorstellbaren Zerreißprobe. Kaum weniger groß wäre das Chaos, wenn sich – etwa nach einem endgültigen Scheitern der Vereinbarungen von Camp David und der an sie geknüpften Hoffnungen und Illusionen – etwas derartiges in Ägypten ereignen würde.

Islamischer Fundamentalismus und Meinungsfreiheit

Es gibt eine Strategie, mit Hilfe derer man die Zahl der Gefahren verringern könnte, die gegenwärtig mit einer fundamentalistischen Machtergreifung verbunden wären. Sie beruht auf folgender Überlegung:

Die Chancen der Fundamentalisten stehen umso besser, je größeren Beschränkungen in Ländern mit fundamentalistischer Opposition die Meinungsfreiheit unterliegt. Dies hat das iranische Beispiel deutlich gezeigt. Der Grund hierfür ist der, daß die fundamentalistische „Lösung“ ihren eindimensionalen Charakter offenbart, sobald ein Regime in einem gewissen Maße Diskussionen über die grundlegenden Probleme der heutigen islamischen Gesellschaft zuläßt. Es wird immer Menschen geben, die eindimensionale Doktrinen bevorzugen, weil sie entweder entsprechend veranlagt sind oder (wie z.B. die jüngeren Studenten) nicht oder noch nicht die Erfahrung gemacht haben, daß die Realität komplex ist. Solange aber offen diskutiert werden kann, wird man die Problematik jener Einseitigkeit erkennen, und viele potentielle Anhänger des Fundamentalismus werden gewarnt sein.

Verfügbare Erfahrungen beweisen einigermaßen schlüssig, daß dort, wo Meinungsfreiheit herrscht, der Fundamentalismus zwar einflußreich, jedoch kaum zur führenden Richtung werden kann, denn unter diesen Umständen findet er nur dann eine größere Zahl von Anhängern, wenn seine Verfechter auf ihren starren Dogmatismus zumindest teilweise verzichten. Da jedoch, wo – wie in den meisten der heutigen islamischen Staaten – eine Zensur stattfindet, die öffentliche Diskussion also unterbleibt, steigen die Chancen des Fundamentalismus ganz erheblich. Vielen unkritischen Anhängern bleibt sein eindimensionaler Charakter verborgen – möglicherweise bis zum Zeitpunkt, da er mächtig genug geworden ist, um zum Schutz der eigenen Interessen ebenfalls eine Zensur zu verhängen. Im Iran geschah dies im August 1979, etwa sechs Monate nach Ausbruch der Revolution.

Schlußfolgerung

Die beste Waffe gegen den fundamentalistischen Dogmatismus in der heutigen islamischen Welt ist die offene Diskussion über die grundlegenden Probleme der islamischen Gesellschaften. Aber nur selten wird diese Möglichkeit genutzt. Manche der zu erörternden Fragen enthalten soviel Sprengstoff, daß die Regimes sie lieber unberührt lassen. Dies ist gewiß ein Fehler, denn gerade durch diese Verdrängung drohen die anstehenden Probleme sich derart zuzuspitzen, daß darüber nicht mehr mit den Mitteln des Verstandes, sondern wohl nur noch mit denen der Gewalt debattiert werden kann.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION UND DIE KÜNSTLICHEN MÖGLICHKEITEN DES MILITANTEN ISLAM

Godfrey H. JANSEN

Einleitung

Einige muslimische Leser meines Buches *Militant Islam*(1) nahmen an diesem Titel Anstoß, indem sie erklärten, daß es dem Islam gegenüber nicht fair sei, ihn als „militant“ zu bezeichnen, da dieses Attribut eine militärische Konnotation habe. Dadurch würden im westlichen Leser alte Erinnerungen wach: die Angst des Westens vor dem Islam als einer Religion „des Buches und des Schwertes“; wieder aufleben werde auch der bereits widerlegte Mythos, daß das erstaunliche Phänomen der frühen islamischen Expansion ohne gewaltsame Bekehrungen nicht denkbar gewesen wäre. Einer von denen, die wegen jener militärischen Konnotation Einwände gegen den Titel *Militant Islam* erhoben, war ein prominenter Mann des Militärs: der pakistani- sche Staatspräsident General Zia ul Haq. Ich hatte jedoch Gelegenheit, ihn darauf hinzuweisen, daß das Wörterbuch den Begriff „militant“ anders deutet, nämlich mit Umschreibungen wie „dynamisch, energisch, engagiert“. In diesem Sinne habe ich den Islam in meinem Buch als „militant“ bezeichnet.

Wenn er auch noch so häufig Stoff für Nachrichten der letzten Zeit lieferte, so ist der militante Islam doch durchaus keine Erscheinung unserer Tage. Denn die Kraft, die in ihm wirksam ist, hat ihren Ursprung in der Vergangenheit. Der militante Islam bezieht seine Inspiration aus der Dynamik und der Vitalität einer Religion, die seit 1400 Jahren in den Herzen ihrer gläubigen Anhänger lebendig ist. Vielleicht hat diese ungebrochene Vitalität des Islam als persönlicher Glaube ihre Ursache

1) G.H. JANSEN: *Militant Islam*, London, Pan Books 1979.

darin, daß er eben erst 1400 Jahre alt und somit die jüngste Weltreligion ist. Auch das Christenium war, als es dieses Alter erreicht hatte, in seiner Heimat Europa die führende Institution und die stärkste Triebkraft im täglichen Leben seiner Anhänger.

Der Islam ist heute nicht nur lebendig, sondern darüber hinaus die bei weitem am schnellsten wachsende Weltreligion, womit er seine außergewöhnliche Vitalität unter Beweis stellt. Man sagt, daß in den beiden Jahrhunderten zwischen 1750 und 1950 die politischen Strukturen, das öffentliche Leben, die Gesellschaft und die Kultur der islamischen Länder einen „statischen“, „rückständigen“ oder sogar „dekadenten“ Charakter angenommen hätten und behauptet, daß es deswegen den westlichen Mächten gelungen sei, diese Gebiet zu erobern und zu kolonisieren. Aber unter dieser erstarren Oberfläche des öffentlichen Lebens lebte der Islam als persönliche Glaubensüberzeugung des einzelnen Muslims ungebrochen weiter, selbst nach der Eroberung islamischen Territoriums, im Grunde unberührt von den äußeren Umständen. Deshalb begann die Dynamik dieses „privaten Islam“ nach der Befreiung von der Fremdherrschaft, die in der islamischen Welt im ersten Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg erfolgte, auf die nunmehr unabhängigen Einrichtungen des öffentlichen Lebens überzugreifen. Da der Islam keinen Unterschied zwischen Gott und dem Kaiser macht – Gott ist selber der Kaiser! – muß jedes Land mit muslimischer Bevölkerung danach streben, ein islamisches Staatswesen zu werden – ein Staat also, in dem sich die Bereiche des offiziellen und des privaten Islam überschneiden. Die einzige Alternative hierzu sei, wie muslimische, jedoch weltlich gesonnene Herrscher erklären, ein Staat, der trotz seiner mehrheitlich muslimischen Bevölkerung seinem Wesen nach nicht islamisch, sondern weltlich ist. Diese Auffassung vertrat z.B. Kemal Atatürk, der indessen einen deutlichen Fehlschlag erlitt, als er versuchte, die Bewohner der Türkei zu einem nichtmuslimischen Volk zu machen.

Seit nunmehr 35 Jahren sind die strenggläubigen Anhänger des Islam, dieser lebendigen und dynamischen Religion, bestrebt,

deren Gebote und Werte in ihren Ländern auch im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen. Diese Bemühungen sind es, denen der heutige Islam sein teilweise militantes Gepräge verdankt.

Während der letzten drei bis vier Jahre hat der militante Islam aufgrund des rein zufälligen Zusammentreffens verschiedener Umstände Schlagzeilen gemacht. Ein wichtiger Faktor ist dabei die neuerworbene wirtschaftliche Macht der – überwiegend zu islamischen Welt gehörenden – ölproduzierenden Länder; weitere Hauptrollen spielten die Verhängung kanonischer Strafen – etwa der Auspeitschung und der Steinigung – in Pakistan und Saudi-Arabien (ihren höchsten Publizitätsgrad erreichte diese aufgrund der spektakulären Wirkung des Films „Tod einer Prinzessin“) und natürlich die (sogar noch mehr Wirbel verursachenden) Ereignisse im Iran, die in der sogenannten „Islamischen Revolution“ kulminierten.

Daß der militante Islam aber nicht nur zu den Sensationen des politischen Tagesgeschehns gehört, sondern auch bereits auf die 35jährige Geschichte zurückblicken kann, beweisen u.a. folgende historische Fakten:

Bald nachdem Indonesien im Jahre 1950 seine Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde der Führer der modernistischen islamischen Reformpartei Masjumi, Dr. Muhammad Natsir, Premierminister dieses größten islamischen Staates der Welt; dieses Amt übte er mehrere Jahre lang aus. Auch eine politisch-religiöse Gruppe konservativer Muslime, die Nahdatul Ulema, spielte seit dieser Zeit in fast jedem indonesischen Kabinett eine Rolle, sei es durch offizielle, sei es durch inoffizielle Vertreter.

In Ägypten ist seit dem Ende des 2. Weltkriegs eine unter dem Namen „Muslim-Bruderschaft“ bekannte Bewegung sehr populär, die, wann immer es ihr gestattet wurde, öffentlich in Erscheinung zu treten, im staatlichen Leben des Landes äußerst einflußreich war; dies gilt vor allem für die Jahre 1949/50 und 1976/77.

Trotz dieser Unterdrückung besteht die Bruderschaft weiter, und jedesmal, wenn gegen sie gerichtete Repressalien eingestellt

werden, beweist sie, daß sie nichts von ihrer Kraft verloren hat.

Im Pakistan der sechziger und siebziger Jahre gehörte die Reformpartei Jamaat-i-Islam zu den bestimmenden Faktoren des öffentlichen Lebens, insbesondere um das Jahr 1977, als sie bald nach General Zia ul Haqs Machtantritt zum wichtigsten Werkzeug für die Verwirklichung seines Islamisierungsprogramms wurde.

In der Türkei haben zwei militant-islamische Parteien – die Nationale Aktionspartei und die noch stärker vom Islam geprägte Nationale Heilspartei – stets die im parlamentarischen Leben entscheidende Rolle des „Züngleins an der Waage“ gespielt; auf diese Weise konnten sie einen Einfluß ausüben, der kaum noch im rechten Verhältnis zur Zahl ihrer Anhänger stand.

Im Sudan wurde ein junger religiöser Reformer und graduierter Baliol-Absolvent Premierminister: Sadek al Mahdi, Führer der Khatmia-Sekte und noch als Oppositioneller bzw. von seinem selbstgewählten Exil aus einer der einflußreichsten Politiker seines Landes.

Der Islam und das moderne Staatswesen

Wenn der militante Islam nicht das Produkt einer neueren Entwicklung, sondern öffentlicher Ausdruck der dem Islam innewohnenden geistigen Kraft ist, dann wird er uns solange erhalten bleiben, wie diese Kraft wirksam ist – nach vorsichtigen Schätzungen also noch mindestens ein Jahrhundert. Deshalb steht es der übrigen Welt, vor allem dem christlichen Abendland, wohl an, in Zukunft statt Hohn und Spott, Verständnis walten zu lassen.

Obwohl der moderne militante Islam schon seit mehr als einem Drittelpjahrhundert existiert, kann nicht übersehen werden, daß er in den letzten drei bis vier Jahren – nach seiner allmählichen Konsolidierung während der vier bis fünf voraus-

gehenden Jahre – einen großen Aufschwung erlebt hat – ein Phänomen, das einer Erklärung bedarf. Warum mußte es ausge- rechnet zu dieser Zeit in so vielen islamischen Staaten dazu kommen, daß eine Welle privater Frömmigkeit den Bereich des offiziellen Islam erfaßte? Zwei Gründe sind hier zu nennen:

Erstens haben in den islamischen Staaten – wie in den meisten Ländern der Dritten Welt – die verschiedensten alternativen Regierungsformen versagt: die auf dem Mehrparteiensystem basierende parlamentarische Demokratie; die Ein-Parteien“-Demokratie“; die Militärdiktatur, an deren Spitze entweder eine Junta oder eine Einzelperson steht; die traditionellen Formen der Monarchie und des Stammessystems. Alle diese Versuche sind auf die eine oder andere Weise gescheitert, denn sie führten nicht zu einem grundlegenden Mindestmaß an innerer Stabilität und sozialen Verhältnissen und Schutz vor Übergriffen des Auslands.

In den arabischen Ländern, dem Herzen der islamischen Welt, wurde und wird dieses Scheitern besonders stark empfun- den; denn sie hatten eine Reihe demütigender Niederlagen zu ertragen, die ihnen Israel zufügte – jener Fremdkörper, den das christliche Abendland dem westlichen Asien eingepflanzt hat. Die Unfähigkeit der arabischen Länder, Jerusalem, die dritt- heiligste Stadt des Islam zurückzugewinnen, stellte sie vor den Augen aller Muslime bloß und bewies besonders deutlich, daß die derzeitigen Regierungssysteme und öffentlichen Einrichtun- gen dieser Staaten unzulänglich und ungeeignet sind. Daher wandte man sich der Idee eines islamischen Staatswesens zu, der einzige noch unerprobten Alternative – einer Alternative, die darüber hinaus einen offensichtlichen und allgemein aner- kannten Vorteil bietet: Sie ist der Antikörper, mit dessen Hilfe der Islam seine Gesundheit und Kraft gegenüber dem „Pestvirus“ des jüdischen Staates behaupten kann.

Zweitens muß betont werden, daß sich der militante Islam bisher offenbar nicht auf dem richtigen Weg befindet, da seine Anhänger auf die falschen Führer setzten, wodurch er über- wiegend in falsche Hände geriet. Es gibt drei Kategorien solcher militanter muslimischer Führer:

Zur ersten gehören laizistische Politiker, die durchaus nicht fromm, vielleicht sogar überhaupt nicht gläubig sind, jedoch vorgeben, gute Muslime zu sein, um so die unbestrittenen großen politischen Macht des privaten und offiziellen Islam auszunutzen. Zur zweiten Gruppe zählen die „Berufskleriker“, die Ayatollahs, Scheichs, Mullahs und Ulema: Muslime von engherziger, traditionalistischer Frömmigkeit, die, wenn sie den Versuchungen von Macht und Ansehen ausgesetzt sind und es darum geht, Posten zu ergattern, mit Hilfe der islamischen Bewegung zu öffentlichen Ehren gelangen. Die dritte Kategorie umfaßt religiöse Laien, die einfach nur die Ideale ihres persönlichen Glaubens im staatlichen Leben verwirklichen wollen.

Der Islam als Werkzeug der Politik

Zu seinem Unglück wurde der Islam bereits von einer ganzen Reihe weltlich gesonnener Politiker mißbraucht. Das Paradebeispiel hierfür liefert uns Muhammad Ali Jinnah, der Gründer Pakistans. Privat war dieser durchaus kein frommer oder praktizierender Muslim, sondern Mitglied einer kleinen und im allerweitesten Sinne schiitischen Sekte, die den Anhängern der Islamischen Hauptrichtung, den Sunnitern, als nicht- oder sogar antiislamisch gilt. Und doch war er es, dem es gelang, den islamischen Staat Pakistan ins Leben zu rufen, und zwar dadurch, daß er aus heuchlerischer Berechnung den Slogan „Islam in Gefahr“ in Umlauf brachte. Als er dann seine allererste Rede als pakistanischer Staatschef hielt, verkündete er seinen muslimischen Anhängern, daß der neue Staat keineswegs ein spezifisch islamisches Gepräge haben werde. Infolge dieses Vertrauensbruchs, der Pakistan seiner *raison d'être* beraubte, leidet das Land immer noch an einer Identitätskrise. Ein „würdiger“ Nachfolger Jinnas war Ali Bhutto, ebenfalls ein nichtreligiöser, westlicher Intellektueller, der, als es mit seiner Politik bergab ging, zur muslimischen Mehrheit überließ und oberflächliche Islamisierungsmaßnahmen einleitete; z.B. verhängte er ein

Alkoholverbot, von dem er sich in seinem Privatleben distanzierte und erklärte den Freitag anstelle des Sonntag zum offiziellen Ruhetag. Der derzeitige pakistanische Staatschef General Zia ul Haq mag einen Grenzfall darstellen.

Zu den türkischen Protagonisten des Islammißbrauchs zählt der Führer der Nationalen Heilspartei Erbakan. Dessen politisches Ziel besteht darin, den gesamten Apparat der fälschlich sogenannten kemalistischen „Revolution“ und damit die Reformen Atatürks, die eine oberflächliche Säkularisierung mit sich brachten, über Bord zu werfen.

Das beste, weil ungeschminkteste und krasseste Beispiel dafür, wie gerade jetzt mit dem Islam Mißbrauch getrieben wird, lieferte uns der ägyptische Präsident Sadat. Die koptischen Christen – in Ägypten in der Minderheit – waren schon einer ganzen Reihe heftiger Attacken der Muslim-Bruderschaft ausgesetzt. Zu sehr eingeschüchtert, um es mit der einflußreichen und gut organisierten Bruderschaft aufzunehmen, fiel Sadat im Namen des Islam über die Kopten her. Gleichzeitig versuchte er, die Bruderschaft versöhnlich zu stimmen, indem er den Islam zur Hauptquelle der ägyptischen Gesetzgebung erklärte; im Interesse der öffentlichen Sicherheit hatte er nämlich einige Verfügungen gegen diese Bewegung treffen müssen. Wenig später jedoch stellte er eine Gegenthese auf, mit der er die Trennung von Religion und Politik propagierte. All diese politischen Verrenkungen Sadats waren ein Bestandteil seines Versuchs, die beständig wachsende Macht der Muslim-Bruderschaft zu schwächen, nachdem er ihr – während das Gesetz sie weiterhin verbot – öffentliches Wirken zubilligte, da er die trügerische Hoffnung hegte, er werde diese Organisation und die von ihr stets verkörperte Macht des Islam zum Werkzeug seiner Politik machen können.

Demnach lautet die Lösung derer, die den Islam mißbrauchen: Was für einen Nutzen kan ich aus ihm ziehen? Nun ist der Islam in den von Muslimen bewohnten Ländern allerdings so populär, daß deren Machthaber – zumal in Krisenzeiten – ständig der Versuchung ausgesetzt sind, mit ihm Mißbrauch zu treiben,

indem sie ihn als ein politisches Allheilmittel benutzen, das vorübergehend sogar wirksam sein mag. Der sudanesische Präsident Numeiry und König Hassan II. von Marokko etwa sind dieser Versuchung schon einige Male erlegen. Die gegenwärtige Krise in Afghanistan ist eine Folgeerscheinung des Mißbrauchs, den Politiker mit dem Islam getrieben haben. Sobald im Rahmen der Revolution die dringend notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Reformen eingeleitet wurden, brachten die Rebellen einmal mehr den falschen Slogan „Islam in Gefahr“ in Umlauf – offensichtlich zu Unrecht, denn die neuen Machthaber waren sehr darum bemüht, nichts zu unternehmen, was zu einer Erhebung im Namen des im Volk sehr lebendigen Islam führen könnte. Die Regierungen der islamischen Staaten haben erkannt, daß jener Slogan fehl am Platz war, und aus diesem Grunde taten sie so wenig, um die afghanischen Rebellen zu unterstützen. Dabei wurden zwei Islamische Weltkonferenzen einberufen, um das Afghanistanproblem zu erörtern! Allerdings faßte man bei diesen Konferenzen, insbesondere bei der zweiten, nur halbherzige Beschlüsse.

Klerus und Politik

Das spektakulärste Beispiel dafür, wie mit dem Islam von Personen, die ihn von Berufs wegen vertreten (also Ayatollahs und Scheichs), politischer Mißbrauch getrieben wird, liefert uns natürlich die „Islamische“ Revolution im Iran. Hier gelangten Kleriker oder Religionsgelehrte ganz einfach dadurch an die Macht, daß sie die Befugnisse, die ihnen im Rahmen ihrer religiösen Ämter übertragen worden waren, mit politischen Inhalten füllten. Daß dies im Iran geschah, ist nicht verwunderlich, denn nur hier, wo die schiitische Lehre Staatsreligion ist, existiert eine hierarchisch strukturierte Kaste von Berufsklerikern. Ursprünglich und zum überwiegenden Teil auch während ihres weiteren Verlaufs war die Iranische Revolution keineswegs eine spezifisch islamische Bewegung. Erst als die turbantragen-

den Relgionsgelehrten die Revolution „kidnappeten“, indem sie mit raffinierten Methoden die Führung an sich rissen, wurden sie fälschlicherweise als „islamisch“ bezeichnet. Dies geschah erst im September 1978; wenig später, im Januar 1979, verließ der Schah das Land ... Bis dahin war die Gruppe der aktiv gegen den Schah opponierenden Kleriker um Ayatollah Khomeiny eigentlich sehr klein gewesen. So ist es nicht weiter erstaunlich, daß sich unter den – vorsichtig geschätzt – 20 000 Personen, die bei diesem Kampf ums Leben kamen, höchstens 20 Angehörige des Klerus befanden. Seit der Wiederherstellung des Schahregimes im Jahre 1953 hatten die iranischen Kleriker und Relgionsgelehrten entweder aktiv mit diesem Regime kollaboriert oder geschwiegen und sich passiv verhalten.

Dieses zaghafte Sich-Anpassen charakterisiert auch das Verhalten der Mullahs und Scheichs in den meisten anderen islamischen Staaten, und zwar überall dort, wo die Klerikerschicht – ob sunnitisch oder schiitisch geprägt – in fast immer der gleichen Weise jedem Herrscher Gehorsam zu leisten pflegt. So spielt zum Beispiel das nominelle Oberhaupt des Islam, der Scheich bzw. Leiter der Al-Azhar-Universität in Kairo, keinerlei Rolle in der derzeitigen militant-islamischen Bewegung. Wie die allermeisten seiner Vorgänger gibt er sich damit zufrieden, als Hoher Prieser des gerade regierenden ägyptischen Pharao zu walten. Auch in Indonesien konnte sich die Partei des Klerus – die Nahdatul Ulema – nur deswegen halten, weil sie sich nie gegen die Regierung stellte. Desgleichen verhielten sich die beiden klerikalen Organisationen Pakistans, die Jamaat-i-Islami-i-Pakistan und die Jamaat-i-Pakistan, gegenüber jeder Regierung ihres Landes vollkommen loyal – im Gegensatz zu der reformistischen Jamaat-i-Islami. Diese allenthalben anzu treffende Unterwürfigkeit des Klerus zeigt, daß sich die offiziellen Vertreter des Islam in Ägypten, Indonesien und Pakistan (wie auch in Marokko) auf einen Kompromiß eingelassen und sich ausgerechnet mit denen arrangiert haben, die den Islam mißbrauchen. Leider sind religiöse Reformer wie Muhammad Abduh oder die militänten römisch-katholischen Erzbischöfe

Lateinamerikas eine im Bereich des Islam offenbar seltene Erscheinung. Zu den gegenwärtigen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, scheint der derzeitige Großmufti von Tunesien zu gehören, ein in vieler Hinsicht modernistischer Religionsgelehrter.

Da die Reaktion der den Islam mißbrauchenden Politiker und Religionsgelehrten auf die Herausforderung der Moderne, mit denen der Islam seit der Mitte des 20. Jahrhunderts konfrontiert ist, im Falle der ersteren unaufrichtig und im Falle der letzteren unreflektiert, stereotyp und sprunghaft war, konnte sie keine Tiefenwirkung haben. Beide Gruppen waren bisher nicht imstande, eine Alternative zur Rückkehr in die Vergangenheit, d.h. zu den – wie sie erklären – unfehlbaren und unveränderlichen Werten des Koran zu formulieren. Daher haben sie sich auch für die Unterordnung der Frau, die kanonischen Strafen, das Verbot des Wuchers und ähnliche Aspekte des Islam ausgesprochen. Hierbei handelt es sich unverkennbar um veraltete Vorschriften sozialer und juristischer Natur im Islam, die sich schlecht mit dem Geist des 20. Jahrhunderts vereinbaren lassen und so gut wie gar nichts mit dem wahren spirituellen Gehalt des Islams zu tun haben. Wer sie dennoch befürwortet, weist sich als Fundamentalist aus, denn seine Devise lautet: „Das 20. Jahrhundert muß sich an den Islam anpassen und sich buchstabengetreu an den Wortlaut des Koran halten.“

Die nichtklerikalen Reformer und der Islam

Die dritte oben erwähnte Gruppe, die der nichtklerikalen religiösen Reformer, umfaßt zwei Bewegungen, die eins gemeinsam haben: Die Anhänger beider Richtungen sind Modernisten in dem Sinne, daß sie sich von den Problemen, die sich aus der Konfrontation des Islam mit der modernen Welt ergeben, betroffen fühlen. Die Vertreter der ersten und früher entstandenen Bewegung sind stärker verwestlicht und weniger

selbstbewußt als die der zweiten. Ihrer Meinung nach ist z.B. der Islam „dekadent“ und „statisch“ und muß sich daher „an das 20. Jahrhundert anpassen“; andererseits steht für sie die Unveränderlichkeit des – wie sie glauben – von Gott geoffneten Koran außer Frage. Diese unlogische und widersprüchliche Haltung bringt sie in politische und spirituelle Schwierigkeiten, die sie letzten Endes nicht zu beseitigen vermögen. Die zweite modernistische Bewegung ist jüngeren Datums, und ihre Anhänger treten wesentlich selbstbewußter auf. Sie sind der Meinung, daß sich der Islam bis zu einem gewissen Grad an das 20. Jahrhundert anpassen müsse; in vielen sehr wichtigen Punkten müsse sich jedoch das 20. Jahrhundert an den Islam anpassen. Die Anpassung habe nicht nur in der einen, sondern in beiden Richtungen zu erfolgen; es sei unmöglich, zu einer buchstabengetreuen Befolgung der koranischen Gebote zurückzukehren, zumal jedes einzelne Koranwort göttlichen Ursprungs sei.

Die führenden Mitglieder der ersten Bewegung sind über 50, gewöhnlich 60 bis 70 Jahre alt oder noch älter. Die Jahre ihrer Erziehung und Ausbildung fielen in eine Zeit, da die islamische Welt noch unter der Herrschaft der Briten, Franzosen und Holländer stand. Sie übernahmen Führungsrollen im Kampf gegen den Kolonialismus und gelangten als Nachfolger und Erben der Kolonialherren an die Macht, deren Herrschaftssysteme sie nur geringfügig veränderten.

Die Führer der zweiten Bewegung sind jünger als 50 Jahre; im Kampf gegen den Kolonialismus stellten sie die Unteroffiziere und Mannschaften. Die für ihre Erziehung und Ausbildung entscheidenden Jahre fielen schon in die Zeit der neuen unabhängigen Regierungen; im allgemeinen gingen sie bald dazu über, gegen die Regimes dieser „braunen Sahibs“ zu opponieren. Zur ersten Bewegung gehören: die indonesische Masjumi-Partei; die ältesten Führer der pakistanischen Jamaat-i-Islami; Männer wie Mehdi Bazargan im Iran; einige Mitglieder der Muslim-Bruderschaft in Ägypten; Sadek al Mahdi im Sudan (letzterer ist allerdings noch keine 50 Jahre alt). Zur zweiten

Bewegung sind zu rechnen: die der jüngeren Generation angehörenden Vertreter der Jamaat-i-Islam in Pakistan; die Gruppe um Bani Sadr sowie die Bewegung der militanten Muslime und der islamische Mujahedin im Iran;; die Republikanische Bruderschaft Mahmud Tahas im Sudan; die Anhänger Allal al-Fassis in Marokko. Taha und der bereits verstorbene Al-Fassi gehören allerdings der älteren Generation an.

Das Urteil mag parteiisch sein – aber es sieht wirklich so aus, als stünde es mit dem militanten Islam nicht zum Besten, denn die modernistischen Reformer beiderlei Typs sind in ihren Ländern entweder nie an die Macht gelangt oder nach ihrer Machtübernahme nicht imstande gewesen, ihre Reformpläne zu verwirklichen. Womit hängt dies zusammen? Einmal damit, daß die Verbreitung ihrer reformistischen Ideen zwangsläufig Veränderungen herbeiführen würde, weshalb die Verteidiger der etablierten Ordnung diesen Prozeß unterbinden; hierbei dürfen sie mit dem enthusiastischen Beifall der Religionsmißbrauch treibenden Politiker und der Berufskleriker rechnen. Ebenso sind in den unter weltlicher Herrschaft stehenden islamischen Staaten – z.B. in der früheren kemalistischen Türkei oder im heutigen Irak, Syrien und Tunesien – islamische Parteien entweder ausdrücklich verboten oder zumindest teilweise zu einem mehr oder weniger untergrundähnlichen Dasein gezwungen. So wird beispielsweise die indonesische Masjumi-Partei seit Jahren unterdrückt und geächtet; ähnlich erging es immer wieder einmal der pakistanischen Jamaat-i-Islami sowie der Tahrir- (d.h. Befreiungs-)Partei in der Levante und in Ägypten und deren Abkömmlingen im Sudan und in Marokko.

Islamische Modernisten gelangten bisher nur auf dem Wege der Koalitionsbildung an die Macht – so in Indonesien, in Pakistan und im Sudan. Aufgrund des Widerstandes der nicht-islamischen Koalitionsparteien konnten die islamischen Modernisten ihre Programme und Versprechungen etweder gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang in die Praxis umsetzen. Eine solche Unterdrückung trägt dazu bei, daß es den modernistischen Gruppen kaum oder gar nicht möglich ist, sich zu

Parteien zu formieren. Deshalb besitzen sie keine Massenbasis, und es fehlt ihnen an politischem Durchsetzungsvermögen. Die Muslim-Bruderschaft wird jedoch – ähnlich wie die Kommunisten – durch die Unterdrückung nicht geschwächt, sondern scheint in einem solchen Klima sogar besonders gut zu gedeihen. Führer wie Natsir, Bazargan, Bani Sadr und al-Fassi schließlich wirken offenbar zu intellektuell und zu gentlemanlike. Aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Skrupel, die ihren Ursprung in religiösen Empfindungen haben, welche zugleich auch die Haupttriebfeder ihres politischen Engagements darstellen, sind diese Persönlichkeiten nicht rücksichtslos genug – nicht einmal dann, wenn sie an die Macht gelangt sind.

Aus all diesen Gründen ist es den Modernisten bisher nicht gelungen, ihren Idealen und Ideen zu durchschlagendem Erfolg zu verhelfen.

Die Zukunft des militanten Islam

Welche künftigen Möglichkeiten bieten sich den verschiedenen Richtungen und Erscheinungsformen des militanten Islam? In mehreren islamischen Staaten scheinen diejenigen islamischen Gruppen, die ein sowohl politisches als auch religiöses Ziel verfolgen, die derzeit aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge der jetzigen Regimes zu sein. Letztere haben es fertiggebracht, die offiziellen weltlichen Parteien zu schwächen oder völlig auszuschalten. Daß ihnen dies im Falle der islamischen Gruppen nicht gelang, liegt nicht daran, daß es an entsprechenden Bemühungen gefehlt hätte, sondern an der Widerstandskraft und der anhaltenden Popularität des Islam. Das zuletzt Gesagte gilt für die Situation in Indonesien, Pakistan, Ägypten, den Sudan, Tunesien und Marokko; in Malaysia, Bangladesch und Syrien hingegen haben islamische Gruppen Positionen inne, aufgrund derer sie auf das politische Geschehen Einfluß nehmen können.

Somit ist es einigermaßen wahrscheinlich, daß neben die Islamische Republik Iran noch viele andere derartige Gemein-

wesen treten werden. Werden jedoch in diesen Staaten die Religionmißbrauch treibenden Politiker und die Kleriker den aufrichtigen und frommen muslimischen Reformern den Rang ablaufen und an ihrer Stelle den militanten Islam nach außen hin repräsentieren? Diese Frage kann man realistischerweise nur bejahen – jedenfalls, was die allgemeine Situation und die nahe Zukunft betrifft. Mehr noch: Die beiden ersten Gruppen – Religionsmißbrauch treibende Politiker und Traditionalisten – werden gleich nach ihrem Machtantritt mit allen Mitteln versuchen, die Reformer künftig vom politischen Leben fernzuhalten; Beispiele hierfür gibt es bereits. Ein weiterer Nachteil für die Reformer, der zu ihrer schwersten Belastungsprobe werden dürfte, ist die langsam aber unaufhaltsam voranschreitende und unvermeidliche politische Polarisierung, die Aufspaltung der Welt in ein rechtes und ein linkes Lager – ein Prozeß, von dem auch die islamischen Staaten als Teil der Dritten Welt betroffen sind. Die Religionsmißbrauch treibenden Politiker und die Kleriker haben sich bisher stets für das rechte Lager entschieden und werden dies auch in Zukunft tun. Den Reformern bleibt kaum eine Wahl.

Wenn sie sich nicht aus freien Stücken dem linken Lager zuwenden, wird das rechte Lager mit ihnen kurzen Prozeß machen. Dieses Los traf die indonesische Masjumi-Partei, die pakistanische Jamaat-i-Islami und die ägyptische Muslim-Brudderschaft, und es traf im Iran die weniger selbstbewußten modernistischen Reformer, wie etwa Bazargan und Bani Sadr. Die der jüngeren Generation angehörenden iranischen Modernisten konnten sich retten, indem sie sich auf die Seite der Linken schlugen; dies gilt vor allem für die islamischen Mujahedin, die allerdings nicht zu Marxisten, sondern zu Sympathisanten des Marxismus oder Marxianern wurden. Wenn sie je wirkliche Macht erlangen wollen, werden sich die militanten islamischen Reformer daher auf den islamischen Sozialismus stützen müssen, und zwar nicht nur, um sich den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit stellen zu können, sondern auch ganz einfach deswegen, weil sie sich nur so von den Religions-

mißbrauch treibenden Politikern und von den Mullahs auf der Rechten abgrenzen können. Diejenigen militant-islamischen Reformer, welche nach guter liberaler Tradition zögernd im Zentrum verharren, werden zwischen den Mühlsteinen der Rechten und der Linken zermalmt werden.

Der militante Islam im Iran: Modell oder Einzelfall?

Die Chancen für eine Verbreitung des militanten Islam durch Ex- und Import der Iranischen Revolution steht schlecht. Jene „Islamische“ Revolution kann nicht exportiert werden, da sie hauptsächlich vom schiitischen Klerus gesteuert wird, dem es gelang, den linken Gruppen und den Nationalisten des Zentrums den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da sie ein Werk der schiitischen Theologenhierarchie ist, erweist sich die Iranische Revolution als eine Bewegung von rein schiitischem Charakter; daher muß sie den Sunniten, d.h. der größten muslimischen Gruppe (= 90 % aller Muslime), als Ketzerei und somit als unannehmbar erscheinen. Abgesehen von den Unterschieden, die zwischen den beiden islamischen Hauptrichtigungen bestehen, spricht auch ein die Revolution selbst betreffender Umstand gegen einen Export: Ihr scheint weder Erfolg noch Dauer beschieden zu sein, da die Religionsgelehrten, die aufgrund ihrer Ausbildung und Herkunft einen äußerst begrenzten Horizont besitzen, keine zusammenhängenden Programme für Wirtschaft und Sozialwesen vorweisen können. Nun kann aber ein Land, das so viele Probleme zu lösen hat wie der Iran, nicht mit Erfolg regiert werden, indem man in den Tag hinein improvisiert. So wird die Herrschaft der Ayatollahs wohl Schiffbruch erleiden, wenn auch vielleicht erst in ein bis zwei Jahren, da die Erinnerung an das Schahregime gegenwärtig noch lebendig ist und der mitreißende Schwung der „Revolution“ die Massen von der Realität – ihren leeren Bäuchen! – ablenkt. Vielleicht kommt es aber auch schon früher zum Zusammenbruch: dann nämlich, wenn sich die Teheraner Ayatollahs, deren Vorherr-

schaft die jüngste Variante des altpersischen Kaisertums darstellt, durch ihr Beharren auf der schiitischen Lehre bei den verschiedenen nichtiranischen Minderheiten sunnitischen Glaubens (Kurden, Araber, Belutschen usw.) so unbeliebt machen, daß diese Minderheiten dem iranischen Staatsverband den Rücken kehren, worauf das Land zerfällt.

Einstweilen kann der schiitische Iran im Irak, wo die Schiiten wahrscheinlich in der Mehrheit sind, im Libanon, in den Golfstaaten und in Pakistan, wo schiitische Minderheiten leben, mit Hilfe seiner dortigen Anhänger für Aufruhr sorgen. In keinem dieser Länder jedoch könnten Schiiten die Macht ergreifen und einen zweiten schiitischen Staat gründen. Es wird nichts weiter geschehen, als daß die verschiedenen Schiitengemeinden infolge dieses Exports der Teheraner Agitation ernsthafte Schwierigkeiten mit ihren sunnitischen Regierungen bekommen. Auf diese Weise wird die schiitische Revolution, die den Anspruch erhebt, islamisch zu sein, letzten Endes zur Spaltung und Schwächung der islamischen Welt führen. Was möglicherweise exportiert werden kann, ist die bei der Iranischen Revolution angewandte Methode, mittels furchtlos und unbewaffnet anstürmender Masse die (natürlich bewaffneten) Streitkräfte einer Regierung zu überwältigen. Diese Methode scheint jedoch auf einer charakteristischen Eigenschaft der Schiiten zu beruhen: auf ihrer Bereitschaft zum Märtyrertum, die den Massen die Angst nimmt, die normalerweise jeden Menschen befällt, wenn er einem Bewaffneten gegenübertritt — besonders dann, wenn dieser tatsächlich bereit ist, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Somit kann die revolutionäre Taktik der Schiiten in nicht-schiitischen Gebieten nicht ohne weiteres zur Anwendung gelangen.

Schlußfolgerung

In den letzten fünf Jahren hat sich der stets vorhandene und über Jahrhunderte hinweg lebendig gebliebene Glaubenseifer der einzelnen Muslime zu einer ernstzunehmenden, von Selbstbe-

wußtsein getragenen Erscheinung des öffentlichen Lebens, zum sogenannten „militanten Islam“ entwickelt. Dieser Prozeß läßt sich nicht mehr rückgängig machen. Der Islam kann nie wieder hauptsächlich oder ausschließlich zu einer Angelegenheit der privaten Frömmigkeit werden. Im Zuge seiner Entwicklung hat der militante Islam viele Mißerfolge und häufig auch Mißbrauch hinnehmen müssen, und dies wird gewiß auch in Zukunft nicht anders sein. Doch solange der Islam noch über spirituelle Energie verfügt – seine Reserven dürften noch mindestens ein Jahrhundert lang ausreichen –, solange wird es Bemühungen geben, das Leben der muslimischen Völker mit den religiösen Anschauungen und Idealen des einzelnen Muslims in Einklang zu bringen. Es bleibt keine andere Wahl.

DER ENTWICKLUNGSGEDANKE IM ISLAM

Zuhayr MIKDASHI

Einleitung

Wenn man ein so umfassendes Thema wie das unseres Aufsatzes in Angriff nimmt, ist intellektuelle Bescheidenheit geboten. Die zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten und die Fähigkeiten eines einzelnen Forschers reichen nicht aus, um zu einer umfassenden und detaillierten Analyse zu gelangen. Im folgenden will ich daher nur einige persönliche Überlegungen vorstellen. Ein Sozialwissenschaftler hat zwar die Aufgabe, Tatbestände objektiv einzuschätzen, er ist aber dennoch zwangsläufig das Produkt seines soziokulturellen Hintergrundes, was jeder seiner Interpretationen sozialer Phänomene eine subjektive Färbung verleihen muß. Zum Verhängnis werden ihm üblicherweise Ethnozentrismus, fehlendes Gespür für kulturelle Unterschiede und die Verwendung einer Terminologie, die in einer bestimmten Kultur geläufig ist, deren Begriffe sich aber nicht ohne weiteres auf andere Kulturen übertragen lassen.

Wie ein Islamwissenschaftler bemerkte, hat das Unverständnis, das der Westen dem Islam beinahe zwangsläufig entgegenbringt, zahlreiche und vielschichtige Ursachen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei „(die) Religion, historische, psychologische und kulturelle Faktoren und (die) Erziehung sowie die gegenwärtig bedeutsamen sozialökonomischen Überlegungen.“⁽¹⁾

Der Begriff des Ethnozentrismus besagt nicht nur, daß man an eine fremde Kultur den Maßstab der eigenen anlegt: er hat

(1) Marcel A. BOISARD, Secretary General of Islam and the Occident: *L'image de l'Islam dans l'opinion publique occidentale*, in: *Monthly Bulletin*, Arab Swiss Chamber of Commerce and Industry, Genf, Juni 1980, Seite 8.

auch einen Bezug zur Zeit. Wir neigen beispielsweise dazu, Entwicklung bzw. Wohlstand als ein modernes Phänomen zu betrachten, das auf die westlichen Länder (Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien) und in geringerem Umfang auch auf Osteuropa beschränkt ist. Diese Gebiete werden euphemistisch als „zentrale“ oder „nördliche“ Region bezeichnet. Entsprechend betrachtet man die übrigen Teile der Welt als „Randgebiete“ oder „südliche“ Regionen.

Der Wohlstand ist jedoch kein statisches Phänomen. Auch der „Süden“ hat – in vergangenen Jahrhunderten, als der „Norden“ vergleichsweise unterentwickelt war – Zeiten des Wohlstands erlebt.

Um ein naheliegendes Beispiel anzuführen: Gebiete, die im geographischen Sinne zum „Süden“ und „Osten“ Europas gehören, waren im Mittelalter Bestandteil eines islamischen Reiches. Zu dieser Zeit waren die Muslime den Euroäern auf mehreren Gebieten – Mathematik, Medizin, Geographie, Architektur und Handel – überlegen. Wissen wurde damals in „süd-nördlicher“ Richtung weitergegeben.

Schon oft sind Religionen für erhabene Prinzipien eingetreten, die aber im Verlauf der Geschichte nur selten für verbindlich erachtet wurden. Wir haben jedoch nicht die Absicht über das Verhalten bestimmter Menschen, Gruppen oder Regierungen in Bezug auf ihre religiösen Ideale zu berichten oder zu urteilen. Ebenso würden wir den Rahmen dieser Abhandlung sprengen, wenn wir uns um einen Vergleich religiöser oder spiritueller Werte bemühten. Unser Ziel ist wesentlich bescheidener: wir wollen in diesem Aufsatz die grundlegenden Aussagen einer der monotheistischen Religionen – nämlich des Islam – zum Thema „Entwicklung“ untersuchen.

Indem wir uns auf eine Analyse der in diesem Zusammenhang wichtigen Texte beschränken, ohne die Frage zu erörtern, ob und inwieweit sie für die verschiedenen Völker, die üblicherweise als islamische angesehen werden, über längere Zeit hinweg verbindlich waren, hoffen wir, einen zwar bescheidenen, aber objektiven Beitrag zur Erforschung dieses Gebietes leisten zu

können. Mögen andere den Versuch unternehmen, religiöse Lehren und historische Ereignisse miteinander zu konfrontieren.

Der Autor untersucht das Thema mit seinem sozialwissenschaftlichen, besonders aber wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungshintergrund.

Entwicklung und Religion

„Entwicklung“ ist ein vielstrapazierter Begriff. Einzelne Personen, die Massenmedien, öffentliche und private Institutionen mit nationalen, regionalen und internationalen Befugnissen: sie alle räumen diesem Thema im Rahmen ihrer Berichterstattung, ihrer Politik und ihrer verschiedenen Tätigkeiten einen bevorzugten Platz ein. Insbesondere die Vereinten Nationen haben in ihren Programmen offiziell auf die primäre Bedeutung der Entwicklung hingewiesen.

Es besteht jedoch kein Konsens über die exakte Definition dieses Begriffs. Häufig behilft man sich mit Schlagworten wie vor allem dem vom Pro-Kopf-Anteil am Bruttonsozialprodukt oder dem vom Volkseinkommen. Diese makroökonomischen Termini geben aber den Begriff „Wohlstand“ nur annähernd wieder; auch sind sie zu summarisch. Sie weisen eine Reihe von Mängeln auf, und zwar folgende:

- Statistische Methoden sind ungeeignet, wenn man z.B. ermitteln will, wann Bodenschätze, die nicht genau registriert sind, erschöpft sein werden.
- Die Erzeugnisse des Sozialprodukts können auf verschiedene Weise im militärischen und zivilen Bereich Verwendung finden; sie müssen nicht zur Vermehrung des Wohlstands beitragen.
- Verteilung von Einkommen und Vermögen; ihre Konzentration beeinträchtigt die Wohlfahrt des Landes.
- Sozialkosten können nicht klar ermittelt werden, z.B. die Sozialkosten von Unfällen oder Umweltverschmutzung.

Um die statistischen und begrifflichen Probleme zu lösen, die sich bei der Messung des Wohlstands ergeben, könnte man auf meßbare Indikatoren zurückgreifen, die eine Bestimmung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes ermöglichen sollen. In diesem Zusammenhang erwähnen wir insbesondere den Pro-Kopf-Verbrauch und die Aufwendungen für Güter und Leistungen z.B. den Wohnungsbaustandard, die medizinische Versorgung, Verkehrsmittel, Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, Fernsehen, Radio usw.), Ausbildungsplätze an Universitäten, Instituten, Schulen usw., Forschung und Entwicklung u.a.

Aber selbst dann, wenn wir uns auf eine Auswahl repräsentativer Indikatoren einigen, besteht immer noch das Problem, welches Gewicht man diesen ausgewählten Indikatoren jeweils beimißt.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß die geistige Dimension bei der Definition des Begriffs „Entwicklung“ üblicherweise nicht mitberücksichtigt wird. Letzterer umfaßt hauptsächlich den materiellen Bereich. Seine kulturelle Dimension kommt in den Ausgaben für Kunst und Unterhaltung zum Vorschein.

Nicht nur die Definition und Messung des Entwicklungsprozesses wirft Probleme auf, sondern auch die Bestimmung der diesen Prozeß vorantreibenden Kräfte. Wissenschaftler, Regierungsbeamte, Geschäftsleute und viele andere haben nach solchen – positiven oder negativen – Entwicklungs determinanten gesucht. Dabei hat man sich sehr darum bemüht, den oder die Schlüsseldeterminanten herauszufinden.

Verschiedenen Faktoren – u.a. der Religion, der menschlichen Begabung, den natürlichen Reichtümern – wurde im Zusammenhang mit dem komplexen Prozeß der Entwicklung eine Sonderstellung zugewiesen.

Nach Ansicht einiger Autoren war in den letzten hundert Jahren die religiöse Moral eine der Schlüsseldeterminanten, unter deren Einfluß der Norden seinen materiellen Wohlstand erlangte. Manche dieser Autoren äußerten die Meinung, daß die protestantische Ehtik die treibende Kraft dieses Aufschwungs gewesen sei; andere wiederum schrieben modernen

Formen der Religionsausübung, nämlich den „weltlichen“ Religionen (vor allem dem Marxismus) eine solche Bedeutung zu.

Die Stellungnahme des Islam zu Problemen der Volkswirtschaft

Die Richtlinien des Islam entstammen im Grunde einer einzigen Quelle: den Offenbarungen des Koran, des heiligen Buches der Muslime. Die Lehren des Koran haben das erste und letzte Wort, wenn es um das Verhalten der Muslime in privaten, sozialen und spirituellen Bereichen geht. Zusätzlich berufen sich die islamischen Gläubigen auf die Aussprüche (arab. „Hadith“) und Taten des Propheten Mohamed, die eine Ergänzung der Richtlinien des Koran darstellen.

Dieser Kodex, der die grundlegenden Lehren enthält, bietet relativ viele Möglichkeiten für verschiedene Interpretationen. Dies ist der Grund für die Entstehung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und Regierungsformen, von denen viele den Anspruch erheben, im Besitz einer echten Inspiration durch die islamischen Weisungen zu sein – und zwar seit Beginn der 1400jährigen Geschichte des Islam. Heute bezeichnen sich nach grober Schätzung etwa 800 Millionen Menschen als Anhänger des Islam. Sie gehören einer Vielzahl von Völkern unterschiedlicher Rasse und Kultur an, die große Gebiete der Erde bewohnen.

Im folgenden wollen wir versuchen, den Standpunkt zu bestimmen, den der Islam in einigen besonders wichtigen Bereichen bezüglich der Entwicklung vertritt. Diese Bereiche sind: öffentliche Angelegenheiten; Finanzwesen und Marktverhalten; Steuer- und Sozialwesen; Verhältnis zwischen Arbeit und Eigentum; Wissen.

1. Öffentliche Angelegenheiten

Die „Beratung“ ist ein Grundprinzip des Islam das besonders im staatlichen und gesellschaftlichen Leben Anwendung finden soll. Was für eine Strategie dabei zu befolgen ist, lässt sich am besten

auf dem Wege der partnerschaftlichen Zusammenarbeit klären.

Wenn der Koran oder der Hadith die Beratung zur Vorschrift erhebt, so stellt er dabei keine bestimmte Elite in den Vordergrund. Alle Mitglieder der islamischen Gemeinschaft haben das Recht, sich am Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Mehrere Koranverse erwähnen diese Methode ausdrücklich, so z.B. der folgende:

„... und ziehe sie zu Rate in der Sache ...“

(Das Haus 'Imran, 153)

Der bedeutendste und dynamischste Faktor der islamischen Sozialethik besteht darin, daß alle Gläubigen, ungeachtet ihrer Rasse und Hautfarbe, ihres sozialen und wirtschaftlichen Status, gleichwertige Mitglieder der Gemeinschaft sind. Die „Ulama“, d.h. die Religionsgelehrten, können eine sachverständige Islamexegese erstellen und – wenn sie aufgrund ihrer Verdienste gewählt wurden – führende religiöse Ämter übernehmen.

Wenn sich die Regierung eines islamischen Staates darauf beruft, von den Prinzipien des Islam inspiriert zu sein, so muß dies nicht bedeuten, daß sie diese Prinzipien im Sinne der Religion optimal in die Praxis umsetzt.

2. Finanzwesen und Marktverhalten

Mehrere Koranverse verurteilen den regelrechten Wucher. Einige Exegeten gehen so weit, dieses Verbot auch auf reguläre Zinslasten, die beim Verleihen von Kapital erhoben werden, zu beziehen. Andere wiederum betrachten reguläre Zinsen – im Gegensatz zu Wucherzinsen – als legitimes Entgelt für Sparer oder Gläubiger und als eine normale Gebühr zur Schuldensfinanzierung.

„Normale Zinsen“ sind ein Gegenwert, der dem zufließt, der sich der Liquidität entäußert, eine notwendige Absicherung gegen Versäumnisrisiko, Zeit und Verfall der Kaufkraft. Normale Zinsen – im Gegensatz zu „ausbeuterischen Zinsen“ oder Wucherzinsen – können unter perfekt funktionierenden

Wettbewerbsbedingungen erhoben werden (oder unter Bedingungen, die perfekten Wettbewerb simulieren).

Folgende Verse gehen ausführlich auf die Verurteilung des Wuchers ein:

„Die, welche Wucher fressen, sollen nicht anders auferstehen, als wie einer aufersteht, den der Satan durch Berührung geschlagen hat. Solches darum, daß sie sprechen: ‚Verkauf ist nur das gleiche wie Wucher‘. Und Allah hat das Verkaufen erlaubt, aber den Wucher verwehrt; und wer Ermahnung von seinem Herrn bekommt und sich enthält, dem wird (Vergebung) für das Vergangene, und seine Sache ist bei Allah; wer es aber von neuem tut, die sind des Feuers Gefährten und werden ewig darinnen verweilen.“

„Auswischen wird Allah den Wucherer, und vermehren wird er die Almosen, und Allah liebt keine Ungläubigen und Sünder ...“

(Die Kuh, 276 und 277)

Die Verurteilung des Wuchers ist Teil einer allgemeinen Verurteilung unlauterer Praktiken im Wirtschaftsleben, wie z.B. der Ausbeutung schwächerer Mitglieder der Gesellschaft durch Betrug, Manipulation oder Restriktionen.

Diejenigen, die das Wucherverbot auf reguläre Zinslast ausdehnen, haben gefordert, diese durch die „Profitnorm“ zu ersetzen. Aufgrund solcher Überlegungen entstanden die sogenannten „islamischen Banken“.

Statt den Konteninhabern Zahlungen zu leisten oder die Kreditnehmer mit Zinsen zu belasten, arbeiten die islamischen Banken nach dem Prinzip der Gewinnbeteiligung: Die Bank beteiligt sich am Gewinn der von ihr finanzierten Kreditnehmer. Die Konteninhaber haben – entsprechend dem Umfang und der Laufzeit ihrer Einlagen – Anteil an der Rentabilität der Bank.

Das Prinzip der Beteiligung am Gewinn des Kreditnehmers, bekannt unter der Bezeichnung „murabahah“ lässt sich anhand der Importfinanzierung illustrieren:

- Die Bank eröffnet einen Kreditbrief zugunsten des Warenlieferanten in Übersee.
- Ist der Versandnachweis eingegangen, werden die Waren dem Importeur mit angemessenem Gewinn „zurückverkauft“, wobei der Gewinn als Prozentsatz des Warenwertes berechnet wird; dieser variiert entsprechend der zu einem späteren Zeitpunkt vereinbarten Zahlungsfrist.

Die Bank erhält eher einen Händler- als einen Zinsgewinn. Das gleiche Prinzip findet im Binnenhandel und bei der Immobilienfinanzierung Anwendung.

Zur Zeit (1980) arbeiten 15 islamische Banken nach diesem System; 17 weitere sind geplant, darunter eine in London und eine in Genf. (1)

Insofern, als die „islamische“ Gestaltung des Finanz- und Bankenwesens auf eine Beteiligung an Risiko und Gewinn abzielt (sobald und immer wenn eine solche Situation gegeben ist), statt sich an die herkömmliche Methode der „passiven“ Finanzierung zu halten, ist sie ein Faktor, der zur Entwicklung beiträgt. Konteninhaber erwarten unter diesen Umständen keinen festen und von der Wertentwicklung des von der Bank verwendeten Kapitals unabhängigen Zinssatz.

Die Bankbehörde zögert daher nicht, über relativ lange Zeiträume hinweg neu gegründete oder Neuerungen einführende Unternehmen zu finanzieren, da sie nicht gezwungen ist, einen kurzfristigen Gewinn zu erzielen. Die Konteninhaber sind bereit, zu „warten“, da sie hoffen dürfen, zu gegebener Zeit eine angemessene Vergütung zu erhalten.

Man nimmt an, daß die islamischen Banken den Geist des Unternehmertums gefördert haben.

(1) s.a. „Islamic Banking“, Middle East Economic Digest (MEED), special Report on Arab Banking, London, Mai 1980 Seiten 31 – 36.

3. Steuer- und Sozialwesen

Immer wieder mahnen die Lehren des Koran, den Armen und Bedürftigen zu helfen. Die Unterstützung der Notleidenden gehört zu den fünf Grundpfeilern des Islam. Die Verpflichtung, Gutes zu tun, kommt in folgendem Koranvers besonders deutlich zum Ausdruck:

„Die Almosen sind nur für die Armen und Bedürftigen und die, welche sich um sie bemühen, und die, deren Herzen gewonnen sind, und für die Gefangenen und die Schuldner und den Weg Allahs und den Sohn des Weges. (Das ist) eine Vorschrift von Allah ...“

(Die Reue, 60)

Im Zusammenhang mit der Wohltätigkeit schreibt der Koran den wohlhabenden Muslimen eine Steuer vor, die „Zakat“ genannt wird. Sie soll folgenden Zwecken dienen:

- Hilfe für Arme und Bedürftige, die unfähig sind, selbst für ihre Grundbedürfnisse aufzukommen;
- Befreiung von Sklaven;
- Unterstützung der schwächeren Mitglieder der Gemeinschaft;
- Hilfe für Verschuldete;
- soziale Wohlfahrt;
- Sorge für den verirrten Fremdling;
- Entlohnung derjenigen, welche die Verrichtung der obengenannten Dienstleistungen regeln.

Die „Zakat“ wird zu einem Steuersatz von 2,5 % des Vermögens veranlagt.

Ihre Zahlung kann auf Initiative der Betroffenen erfolgen; sie kann aber auch von den öffentlichen Behörden beigetrieben werden. Es handelt sich hierbei nicht um ein Steuersystem, das zur Finanzierung der vielfältigen Aktivitäten des Staates dient.

4. Arbeit und Eigentum

Koran und Hadith enthalten eine Fülle von Ermahnungen zur Arbeit und zur Erzeugung von Wohlstand.

Die Arbeit wird als ehrbare Beschäftigung betrachtet, und es gilt als legitim, die Früchte dieser Tätigkeit zu genießen:

„Und daß der Mensch nur empfangen soll,
wonach er sich bemüht hat,
Und daß sein Bemühen gesehen werden soll,
Und daß er alsdann dafür belohnt werden soll
mit entsprechendem Lohn ...“

(Der Stern, 40 – 42)

Männer wie Frauen werden dazu aufgerufen, bei der Arbeit ihr Bestes zu geben. Verheiratete Frauen haben das Recht, ihr Vermögen „arbeiten zu lassen“, wobei sie weder einer Erlaubnis des Ehemannes bedürfen noch seiner Aufsicht unterstehen.

Das Horten von Vermögen gilt als unehrenhaft. Gegen das Ausgeben von Geld wird nichts eingewandt, solange man dabei Maß hält und die Armen und Bedürftigen nicht vergißt:

„O ihr, die ihr glaubt, spendet von dem Guten, das ihr erwarbt, und von dem, was wir für euch der Erde entsteigen lassen ...“

(Die Kuh, 269)

„Und diejenigen, welche beim Spenden weder verschwenderisch noch geizig sind; sondern zwischen diesem stehen ...“

(Die Unterscheidung, 67)

Betrug und Mißbrauch werden verurteilt:

„Gebt rechtes Maß und vermindert es nicht.

Und wäget mit richtiger Waage.

Und betrügt nicht die Leute um ihr Gut und tuet nicht übel auf der Erde durch Verderbenstiften.“

(Die Dichter, 181 – 183)

5. Das Wissen

Der Koran hat das Wissen in den Rang der Tugend erhoben:

„Lies, denn dein Herr ist allgütig,
Der die Feder gelehrt,

Gelehrt den Menschen, was er nicht gewußt.“

(Das geronnene Blut, 3 – 5)

Einer der vielen berühmten Aussprüche des Propheten Mohammed, in denen dieser seine Anhänger dazu aufruft, nach Wissen und Bildung zu streben, ist folgender:

„Suche das Wissen, selbst wenn es in China wäre!“

Das Öl – ein Hebel der Religion

Das Interesse an der Bedeutung des Islam für die Entwicklung hat zugenommen, seitdem das Erdöl einen immer stärker werdenden Einfluß auf das weltpolitische Geschehen ausübt. Schließlich kommt seit dem 2. Weltkrieg der überwiegende Teil des exportierten Öls aus Ländern, deren Bevölkerung sich zum Islam bekennt. Zu ihnen gehören vor allem Algerien, Indonesien, der Iran, der Irak, Kuweit, Nigeria (zu etwa 50 % muslimisch), Oman, Qatar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. (1)

Die Behauptung, die Organisation ölexportierender Länder (OPEC) habe ihre Entstehung dem Islam zu verdanken, ist oberflächlich und unkorrekt. In Wirklichkeit hat Venezuela (eine katholische Nation) die Ideen geliefert und die deren Verwirklichung beschleunigende Energie zur Verfügung gestellt, die die Gründung der OPEC im August 1960 bewirkten. Dieser Organisation gehören neben Venezuela noch einige weitere nichtmuslimische Nationen an, insbesondere Ecuador und Gabun. (2)

(1) Mit Ausnahme Omans sind alle diese Staaten Mitglieder der OPEC.

(2) s. z.B. Z. MIKDASHI: *The International Politics of Natural Resources*, Cornell University Press, New York 1976, 214 Seiten.

Wer den islamischen Staaten darüber hinaus ein „militantes Verhalten“ bei der Festsetzung der Ölpreise nachsagt, der mißversteht das Wirken der Kräfte des Marktes. Großbritannien und Norwegen (zwei protestantische Nationen, sofern man an sie den Maßstab der Religion anlegen will) haben in den Jahren 1979/1980 die Preise ihrer Ölexporte gegenüber den Preisen für gleichwertiges Öl aus Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten mit einem Zuschlag versehen.

Damit haben sie, wie der britische Energieminister David Howell meinte, vernünftig gehandelt, statt sich nach der „törichten Wirtschaftspolitik“ Saudi-Arabiens zu richten, das die Preise seines in die Verbraucherländer exportierten Erdöls auf einem niedrigen Freien-Markt-Niveau gehalten hat. (1)

Schlußfolgerung

Verantwortlich für Wohlstand und soziale Harmonie ist letztlich der Mensch. Wenn es ihm nicht gelingt, dieser Verantwortung gerecht zu werden, so muß dies in erster Linie ihm zum Vorwurf gemacht werden – nicht seiner Religion. Eine Religion kann Hervorragendes bewirken, sofern der Einzelne dies wünscht.

Entwicklung sowie deren grundlegende Voraussetzung, nämlich innerer und äußerer Friede, sind nur im Rahmen einer übernationalen Interdependenz möglich, indem sich Rationalismus und Ethik zu einer Gesamtperspektive vereinen.

(1) vgl. The Guardian, London, 3. Januar 1980, Seite 1.

Literaturverzeichnis

- **Holy Quran**, Der Koran. Ins Englische übersetzt von Marmaduke Pickthall, Taj Company Ltd., Karachi, September 1969.
- **Quran Karim** (der Koran, arabisch), mit Erläuterungen von Jalaluddine Mohamed bin Ahmad al-Mahalli und Jalaluddine Abdelrahman bin Abi-bark al-Sayouti, Al Mallah Library, Damaskus 1969.
- Shawkat Munla, **Baakaat min al-Islam** (Blumensträuße aus der Welt des Islam, arabisch), Arabic Organization for Research and Publishing, Beirut 1979.

Vom Übersetzer benutzte Literatur

- **Der Koran**, aus dem Arabischen übertragen von Max Henning, Philipp Reclam jun., Stuttgart 1960.

Anhang

Universal Islamic Declaration – Politisch-Religiöse Islamische Grundsatzerklärung (12.4.1980)

Die deutschsprachige Übersetzung wurde von der Christlich-Islamischen Begegnung – Dokumentationsleitstelle – CIBEDO, in Zusammenarbeit mit Herrn Michael Mildenberger von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW), Stuttgart, hergestellt und als CIBEDO-Text Nr. 4 vom 15.7.1980 veröffentlicht.

Wir drucken diese Übersetzung nebst einer Einleitung von Muhammad S. Abdullah, der als Vertreter der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland an der Internationalen Konferenz über die Situation der muslimischen Minderheiten in der Welt vom 12. – 15.4.1980 teilgenommen hat, mit freundlicher Genehmigung der CIBEDO nachfolgend ab.

Inhalt

- Einleitung (Muhammad S. Abdullah)
- 1. Präambel
- 2. Islam: Ein Lebensprogramm
- 3. Die Krise der heutigen Zivilisation
- 4. Rahmenprogramm für eine Islamische Ordnung
 - 4.1. Staatspolitik
 - 4.2. Wirtschaftspolitik
 - 4.3. Erziehungspolitik
 - 4.4. Verteidigungspolitik
- 5. Zusammenarbeit unter den muslimischen Staaten
- 6. Die Befreiung muslimischer Länder
- 7. Die Einheit der UMMA

Am 12. April 1980 konnte der Generalsekretär des „Islamrates für Europa“, Salim Azzam, in der Royal Albert Hall in London den Delegierten der „Internationalen Islamischen Hidschra-Konferenz“ mitteilen, daß die „Universal Islamic Declaration“ verabschiedet werden könne. Der Zeitpunkt war günstig gewählt: das 1400-jährige Jubiläum der islamischen Zeitrechnung; also der Eintritt der muslimischen Weltgemeinschaft in ihr 15. Jahrhundert.

Die „Universal Islamic Declaration“ geht auf einen Beschuß des 1. „Internationalen Seminars muslimischer Gemeinschaften in der nichtislamischen Welt“ zurück, das im Juli 1978 nach London einberufen worden war. Die Delegierten hatten seinerzeit an den europäischen Islamrat den Wunsch nach einer klaren Standortbestimmung des Islam in der heutigen Welt herangetragen. Generalsekretär Azzam hatte daraufhin eine Reihe führender islamischer Denker beauftragt, eine Islamerklärung zu entwerfen.

Das Ergebnis wurde am 12. April dieses Jahres von dem ehemaligen sudanesischen Ministerpräsidenten Sadiq al-Mahdi verkündet, dem Enkel jenes legendären Derwischführers, der vor nunmehr 100 Jahren den Engländern das Fürchten gelehrt hatte.

Es spricht im übrigen für den europäischen Islamrat, daß er die Erklärung nüchtern als einen ersten Schritt auf dem Wege in die Zukunft einstuft. Denn wenngleich die Deklaration eine Lücke im islamischen Selbstverständnis schließt, so sind doch sowohl bei den Muslimen selbst als auch bei vielen Nichtmuslimen eine Reihe von Fragen offengeblieben. Das mag vor allem daran liegen, daß besonders der sunnitische Islam sich auf ungewohntem Terrain bewegt, wenn es um Erklärungen verbindlicher Natur geht. So merkte der Leitartikler der muslimischen Wochenzeitung „New Horizon“ bereits wenige Tage nach der

Verabschiedung der Deklaration selbstkritisch an, daß es der Islam von seiner Organisationsstruktur her schwer habe, allgemeinverbindliche Erklärungen abzugeben. Die Weltmuslimgemeinschaft verfüge über kein zentrales Lehramt, was zur Folge habe, daß sie auf Aktivitäten von allgemein anerkannten Organisationen angewiesen sei. Und weiter: Der Islam müsse sich zum ersten Mal in seiner Geschichte darauf einstellen, sich als religiöse Gemeinschaft unter Bedingungen zu bewähren, die den Regeln des Pluralismus unterworfen seien. Vor diesem Hintergrund machte die Deklaration über weite Strecken deutlich, daß er es noch nicht verstanden habe, sein Selbstverständnis dieser Entwicklung anzupassen.

Festzuhalten bleibt, daß die vorliegende Islam-Deklaration auf Drängen der Diaspora zustande gekommen ist. Es waren die muslimischen Minoritätengruppen des Westens, die immer wieder auf die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme zu den Problemen der Gegenwart hingewiesen haben. Daraus wird deutliche, daß sich die Diaspora ihres Stellenwertes in der islamischen Weltgemeinschaft bewußt geworden ist und daß sie durchaus in der Lage ist, der islamischen Ökumene wichtige Impulse zu vermitteln. Das aber läßt auch für die muslimisch-christliche Begegnung hoffen.

1. PRÄAMBEL

WEIL der Bund der Menschheit mit Allah – Er sei gepriesen und verherrlicht (Koran 7,172) – uns alle in eine unerschütterliche Beziehung vollständiger und dauerhafter Unterwerfung unter Seinen Willen und Seine Befehle einbezieht und diese Verpflichtung im Koran bestärkt wurde, als Allah Seinen Bund mit den Propheten machte und sprach:

„Und (damals) als Gott die Verpflichtung der Propheten entgegennahm (des Inhalts): Wenn immer ich euch eine (Offenbarungs-)Schrift oder Weisheit gebe und hierauf ein Gesandter zu euch kommt, der bestätigt, was euch (an Offenbarung bereits) vorliegt, dann müßt ihr an ihn glauben und ihm helfen! Er sagte: ‚Erkennt ihr (es) an und fühlt ihr euch mir gegenüber daran gebunden?‘ Sie sagten: ‚(Ja) wir erkennen (es) an.‘ Er sagte: ‚Dann bezeugt (es), und ich will mit euch Zeuge sein!‘ (Koran 3,81)“; (1)

WEIL dieser Bund die Gläubigen zu Trägern und Verwaltern der göttlichen Botschaft macht, ihnen aufträgt, das Gute zu tun und das Böse zu verbieten, die menschliche Persönlichkeit und die Gesellschaft auf Gerechtigkeit aufbaut und die Religion (dīn) in ihrer Vollkommenheit herstellt (Koran 42,13);

WEIL der Islam ein allumfassender Lebensführer ist, geeignet für alle Menschen und alle Zeiten, und Allahs Auftrag ewig und universal ist und ohne irgendeine Unterscheidung zwischen Geistigem und Weltlichem auf jeden Bereich des Lebens und menschlichen Verhaltens angewandt werden kann;

WEIL der Islam die muslimische UMMA auffordert, eine gerechte und menschliche Weltordnung zu errichten, die jede Möglichkeit einer ganzheitlichen Entwicklung von Mensch und Gesellschaft in einer Umwelt frei von allen Formen der Ausbeutung und Ungerechtigkeit bietet;

(1) Nach der Übersetzung von Rudi Paret: „Der Koran“, Kohlhammer-Verlag, 1962.

WEIL der Islam ein dynamischer Glaube ist, der die Gläubigen ihrer Bestimmung bewußt macht und ihnen eine Anleitung zur maximalen Entwicklung ihrer Talente und Möglichkeiten gibt;

WEIL das islamische Gesetz (săr'a) nicht nur den Gläubigen großzügige Rechte und Privilegien einräumt, sondern ihnen auch Verantwortung und bestimmte Pflichten auferlegt;

WEIL die muslimische UMMA die Pflicht hat, ihren Bund mit Allah zu erfüllen, dadurch daß sie die Islamische Ordnung herstellt und die Ideale und Prinzipien des Islam im eigenen Leben in die Tat umsetzt und so die Botschaft und das Modell des Islam anderen Menschen empfiehlt, BEZEUGEN UND VER-SICHERN wir Muslime, als demütige Diener Allahs und als Mitglieder der weltweiten Bruderschaft des Islam zu Beginn des 15. Jahrhunderts der Islamischen Ära, IM BEWUSSTSEIN UNS-
RER SCHWÄCHEN UND GRENZEN FEIERLICH, DASS der Islam das Leben und seine Probleme in ihrer Gesamtheit umfaßt.

2. ISLAM: EIN LEBENSPROGRAMM

Der Islam ist ein vollständiger und vollkommener Schlüssel zum Leben und gibt sich nicht mit Teilreformen oder Kompromißlösungen ab. Er beginnt damit, dem Menschen seine einzigartige Stellung im Universum bewußt zu machen: nicht als ein Wesen, das sich selbst genügt, sondern als ein Teil – ein sehr wichtiger Teil – der Schöpfung Allahs. Nur wenn sie sich ihrer wahren Beziehung zu Allah und Seiner Schöpfung bewußt werden, können Männer und Frauen erfolgreich in dieser Welt wirken.

Der Islam bringt den Menschen Allah nahe und macht ihn fähig, eine wahre Auffassung von der Wirklichkeit zu gewinnen, und baut auf dieser Basis seine Beziehung zur gesamten Schöpfung harmonisch auf. Der Islam betont, daß der Mensch als Allahs Stellvertreter (Halîfa) (Koran 2,30) geschaffen worden

ist, und daß alles, was existiert, zu seinem Gebrauch da ist. Allah hat ihn mit großen Möglichkeiten ausgestattet und alles, was er benötigt, ihm in der Welt zur Verfügung gestellt. Der Mensch bedarf jedoch der Götlichen Leitung, um den besten Gebrauch von Allahs Gaben zu machen. Allah hat für diese Leitung in ihrer abschließenden Form durch den Koran und die Tradition des Propheten Muhammad (sunna) gesorgt. Diese Führung ist eine unfehlbare Anleitung zum Erfolg in dieser Welt und im Jenseits. Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Errichtung der Islamischen Ordnung in der Welt. Das ist der Zusammenhang, in dem die Gläubigen in jeder Zeit und an jedem Ort alle Fragen untersuchen und lösen müssen.

Die Einzigkeit Allahs (tawhid) ist das Fundament des Islam. Sie bekräftigt, daß Allah – und Allah allein – unser Schöpfer, Erhalter, Führer und Herr ist; daß Er keinen Partner hat; daß Sein Wille und Seine Autorität das Höchste sind und das gesamte Universum umgreifen; daß Er der Gesetzgeber ist und wir uns ihm beugen und unterwerfen müssen.

Tawhid hat seine Entsprechung in der Einheit Seiner Schöpfung. Tawhid hebt alle Unterscheidungen auf, die auf Rasse, Farbe, Kaste, Herkunft, Reichtum und Macht gegründet sind. Er führt zur Herstellung von Beziehungen zwischen den Menschen auf der Grundlage der Gleichheit. Tawhid integriert Mensch und Natur, die sich einander nach Allahs Schöpfungsplan ergänzen.

Die Einzigkeit Allahs bedeutet auch die Einheit des Lebens. Das führt zur Aufhebung aller Unterscheidungen zwischen dem Geistigen und dem Leiblichen, dem Religiösen und Weltlichen. Nach diesem Plan ist das ganze Gebäude des Lebens durch ein Gesetz regiert, und die Verwirklichung des Götlichen Willens wird zum letzten Ziel der Gläubigen.

Vom Beginn der Schöpfung an hat Allah Propheten gesandt, die der Menschheit Seine Botschaft überbrachten. So haben wir eine Kette von Propheten, die mit Adam beginnt und mit Muhammad (Friede sei über ihnen) endet. Er hat außerdem den

Propheten Moses, David, Jesus und Muhammad (Friede sei über ihnen) Bücher der Leitung offenbart. Der Koran, das Buch, das dem Propheten Muhammad (Friede sei über ihm) offenbart wurde, ist das letzte und abschließende Buch der Leitung; und der Prophet Muhammad (Friede sei über ihm) ist der letzte und abschließende Prophet, nach dem es keinen anderen mehr geben wird.

Der Koran ist das Wort Allahs. In ihm ist die Göttliche Offenbarung aufbewahrt, unvermischt durch menschliche Zusätze irgendwelcher Art. Er ist der Wesensgehalt aller Botschaften, die der Menschheit fürher durch Allah gesandt wurden. Er verkörpert einen Rahmen für die Gestaltung der menschlichen Dinge. Er enthält ausdrückliche Maßstäbe zur Beurteilung von Richtig und Falsch sowie Prinzipien für das individuelle und gemeinschaftliche Verhalten von Männern und Frauen.

Der Koran enthält Warnungen für die Menschheit und ebenso ein Versprechen der Leitung und Unterstützung für die, die Allahs Hilfe suchen. Der Koran stellt einen Weg vor – den Geraden Weg (*sîra al-mustaqîm*) –, der das Leben, wenn er befolgt wird, revolutioniert und zum Aufbau einer Ordnung führt, die auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Tugend und Güte ge gründet ist.

Der Mensch hat als Allahs Stellvertreter (*halîfa*) eine entscheidende Rolle in dieser Welt zu spielen. Der Islam bereitet ihn gut auf diese Rolle vor und leitet ihn bei der Entwicklung seines Charakters und beim Aufbau einer gerechten Gesellschaft. Er ist aufgefordert, zur Selbstreinigung fünfmal täglich das Gebet (*salât*) darzubringen. Gebete kräftigen die Hingabe des Menschen an Allah, erneuern seinen Einsatz für die Wahrheit und bestärken ihn darin, für die Verwirklichung seiner Ideale zu arbeiten.

Das Gebet wird durch Fasten (*saum*) im Monat Ramadan ergänzt – ein Mittel der Selbstbeherrschung und Selbstkontrolle. Durch die Armenabgaben (*zakât*) dient der weltliche Besitz des Menschen der Erfüllung der Göttlichen Ziele im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bereich.

Körper, Seele und Besitz des Menschen fördern so die Tugend, die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Muslime, die dazu in der Lage sind, sollen wenigstens einmal im Leben die Pilgerfahrt (hajj) machen. Diese Verpflichtung ist unter anderem ein Hinweis auf die Einheit der muslimischen UMMA – Gemeinschaft des Glaubens und Zeichen für die Einheit der Menschheit.

Eine universale Ordnung kann nur auf der Grundlage eines universalen Glaubens geschaffen werden, nicht dadurch, daß man den Göttern der Rasse, der Farbe, des Territoriums oder des Reichtums dient. Das Ideal der Brüderlichkeit der Menschen sucht und findet seine Verwirklichung im Islam.

Die Herstellung von Gerechtigkeit auf Erden ist eines der grundlegenden Ziele, für die Allah Seine Propheten und Seine Leitung (Koran) sandte (Koran 57,25). Alle menschlichen Wesen haben ein Recht auf alles, was Allah zur Verfügung gestellt hat; und deshalb sind Allahs Gaben gleichmäßig an alle zu verteilen. Die Armen und Bedürftigen haben das Recht, am Reichtum der Reichen teilzuhaben (Koran 51,19). Es ist die religiöse Pflicht der Muslime, diese Reichtümer so zu gebrauchen, daß sie damit dem Ziel der Gerechtigkeit dienen, Güte und Tugend fördern sowie Übel und Laster auslöschen (Koran 3,110). Allahs Reichtümer müssen davor bewahrt werden, Instrumente der Unterdrückung und Ausbeutung in der Hand irgendeines einzelnen oder einer gesellschaftlichen Gruppe oder des Staates zu werden.

Nur der Auftrag Allahs verleiht Regierungen, Gesetzgebern und Institutionen ihre Legitimität; legitime Macht und Autorität können nur abgeleitet werden aus der Übereinstimmung mit dem Auftrag, wie er im Koran und der Sunna des Propheten Muhammad (Friede sei über ihm) niedergelegt ist.

Der Islam fordert die Gläubigen auf, aktiv nach Wissen zu streben, es sich anzueignen und sich weiterzubilden, und er befürwortet die intuitiven, rationalen und empirischen Methoden, die dabei angewandt werden. Er spricht allen menschlichen Wesen das Recht auf ein ehrenvolles Leben zu, auf Freiheit der Gottesverehrung, der Meinungsäußerung, der Beweglichkeit und

der Gedanken, sowie das garantierte Recht, legitim erworbenen Besitz zu behalten.

Jedes Regierungssystem ist solange islamisch, wie es die verpflichtenden Prinzipien, die im Koran und der Sunna niedergelegt sind, aufrecht erhält. Abgesehen von dieser verpflichtenden Forderung gibt es eine beträchtliche Beweglichkeit in der Form, die eine islamische Regierung annehmen kann. Durch die Beweglichkeit kann der Islam die Bedürfnisse jeder Zeit und jedes Orts befriedigen.

Das Ziel der islamischen Bewegung ist nicht einfach, mit allen Mitteln an die Macht zu kommen. Vielmehr soll sie darauf hinarbeiten, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen der Menschheit dienen, indem sie eine Politik verfolgen, die die besonderen Ziele des Islam fördert. Es ist deshalb notwendig, die Leitlinien islamischer Politik zu entfalten und in die Praxis umzusetzen.

Die ersten Pflichten des Staates sind die Verwirklichung der Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen sowie die Förderung und Festigung der Einheit der UMMA. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die gerechten Erwartungen der Bevölkerung erfüllt werden, und wenn durch die Unterschiede in Rang, Macht, Reichtum und Familie der gesellschaftliche und politische Fortschritt des Islam nicht untergraben wird.

Es gibt keine Mittler zwischen Allah und dem Menschen. Allahs Leitung ist in Form Seines Buches, des Koran, und im lebendigen Beispiel Seines Propheten, der Sunna, für alle verfügbar. Sie liefert in aller Klarheit die Ideale, Werte und Prinzipien, die der Mensch braucht, um sein individuelles und gemeinschaftliches Leben auf Wahrheit und Gerechtigkeit zu bauen. Diese Leitung Allahs entspricht jeweils den Erfordernissen der sich wandelnden Zeit und ermöglicht eine Entwicklung innerhalb dieses Rahmens.

Der Islam zielt darauf ab, eine vorbildliche Gesellschaft zu schaffen. Er ist dabei bestrebt, den einzelnen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Islam zu formen; ihn innerhalb einer gesellschaftlichen Bewegung für Fortschritt und Ent-

wicklung zu motivieren und zu organisieren; und eine Islamische Ordnung aufzurichten durch den Aufbau von Gesellschaft und Staat, ihrer Einrichtungen und ihrer Politik, auf nationaler und internationaler Ebene.

Der Islam konzentriert sich zuerst auf den einzelnen. Dadurch, daß er dem einzelnen ein neues Bewußtsein (*īmân*) gibt, wird die gesellschaftliche Entwicklung gefördert. Dadurch, daß er den einzelnen rechtschaffen, zuverlässig und pflichtbewußt (*muttaqi*) macht, wird dieser befähigt, die Welt zum Besseren zu verändern.

Der Islam betont die Notwendigkeit von Institutionen. Aber gleichzeitig unterstreicht er klar, daß Institutionen nur dann die besten Ergebnisse erzielen können, wenn die Menschen, die sie leiten, dem Islam fest verbunden sind und das Vertrauen, das in sie gesetzt wird, erfüllen können.

Menschen, die von diesem Idealismus beseelt und durch stete Anstrengungen gefestigt sind, werden die Initiative beim Aufbau einer islamischen Weltordnung übernehmen. Von der UMMA wird nicht erwartet, daß sie menschlicher Ausbeutung oder der Ausübung von Tyrannei und Ungerechtigkeit tatenlos zuschaut. Sie ist aufgerufen, sich selbst in Form einer Bewegung für soziale Änderung und Erneuerung zu organisieren und hervorzutreten, um den Bedrängten und Verfolgten der Welt zu helfen. Der Islam ermahnt die Gläubigen, sich unermüdlich zu bemühen, daß Allahs Willen auf Erden verwirklicht wird. Er verpflichtet alle Muslime darauf, gegen jedes Hindernis zu kämpfen, das diesem Ziel im Wege steht. Diese Anstrengung ist als „*gīhād*“ bekannt.

3. DIE KRISE DER HEUTIGEN ZIVILISATION

Es ist eine beunruhigende Tatsache, daß die Welt von heute in einer schweren Krise steckt, welche die gesamte menschliche Zivilisation bedroht. Nicht als ob die Menschheit der Mittel

entehrte, die notwendig sind, ein hohes Niveau von Kultur und menschenwürdigem Leben zu suchen. Die Gefahr für die Zivilisation röhrt vielmehr von der Tatsache her, daß der heutige Mensch die gewaltigen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, nicht voll und richtig zu gebrauchen versteht. Mit Hilfe von Technologie, Wissenschaft und wirtschaftlicher Macht hat er zwar einen eindrucksvollen materiellen Fortschritt erzielt, aber Brüderlichkeit, Gleichheit und Gottesfurcht nicht erreicht. Weltliche Systeme wie Kapitalismus und Kommunismus haben die gerechte und menschliche Gesellschaft, nach welcher der Mensch verlangt und für die er soviel geopfert hat, nicht verwirklichen können.

Das kapitalistische System führt unweigerlich zur Ausbeutung der Armen und zur Vorherrschaft der Reichen und Privilegierten. Es ist die eigentliche Ursache der verschiedenen Arten von Imperialismus gewesen.

Das kommunistische System – eine säkulare Alternative zum Kapitalismus – sieht die Probleme der Gesellschaft in Zusammenhang mit materialistischen Faktoren und opfert alle Freiheiten, um seine Politik durchzusetzen. Der Kommunismus führt zur Diktatur, und durch das Staatsmonopol über die Produktionsmittel zur Schaffung einer bürokratischen Kontrolle über die Gedanken und persönlichen Initiativen des Menschen. Er endet in einer neuen Oligarchie.

Kapitalismus wie Kommunismus gelang es nicht, eine ausgewogene Gesellschaft aufzubauen, wo das Verlangen nach Freiheit, Gerechtigkeit, Achtung der Person und sozialer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit harmonisch verwirklicht werden. Der Imperialismus – sowohl kapitalistischer wie kommunistischer Prägung – möchte die Welt, oft unter attraktiven Schlagworten und Etiketten, durch schonungslose wirtschaftliche und politische Ausbeutung beherrschen.

4. RAHMENPROGRAMM FÜR EINE ISLAMISCHE ORDNUNG

4.1. Staatspolitik

Muslime sind verpflichtet, sich aufrichtig und effektiv an den politischen Leitsätzen und Normen zu orientieren, die von Allah und Seinem Propheten angeordnet wurden. Sie schließen folgende Kernsätze mit ein:

- 4.1.1. Die *šarf'a* ist das höchste Gesetz der muslimischen Gemeinschaft und muß in ihrer Gesamtheit und in allen Lebensbereichen zur Geltung gebracht werden. Jedes einzelne muslimische Land muß ausdrücklich die *šarf'a* zum Maßstab machen, an dem das öffentliche und private Verhalten aller der Herrschenden wie auch der Untertanen, gemessen wird. Die *šarf'a* muß die Hauptquelle aller Gesetzgebung im Lande werden.
- 4.1.2. Politische Gewalt muß im Rahmen der *šarf'a* ausgeübt werden; sie ist nur rechtens, wenn sie durch und für die Gemeinschaft und unter Berücksichtigung einer gegenseitigen Konsultation (*šûrâ*) ausgeübt wird. Niemandem ist es erlaubt, sich das Recht anzumaßen, nach eigenem Gutdünken zu herrschen.
- 4.1.3. Pflicht und Recht von jedermann ist es, sich an dem politischen Geschehen zu beteiligen. Politische Autorität soll denen gegeben werden, die ihrer nach dem islamischen Maßstab von Wissen, Vertrauenswürdigkeit und Fähigkeit würdig sind.
- 4.1.4. Alle politische Gewalt, der Legislative, Exekutive oder der Gerichtsbarkeit, wird innerhalb der Grenzen ausgeübt, die von Allah und Seinem Propheten für die Verbreitung und Durchführung der vom Islam vorgeschriebenen Werte festgelegt wurden.
- 4.1.5. Gehorsam gegenüber der legitim konstituierten Autorität ist staatsbürgerliche Pflicht so lange wie diese sich an den Richtlinien der *šarf'a* orientiert.

- 4.1.6. Alle Personen, die eine Amtsgewalt innehaben, sind den Normen der šari'a verpflichtet, sowohl hinsichtlich ihres privaten wie auch ihres öffentlichen Verhaltens.
- 4.1.7. Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz.
- 4.1.8. Die Bürger haben das Recht, die Entscheidung der Herrschenden in Zweifel zu ziehen und für von ihnen begangene Fehler Genugtuung zu suchen und zu erhalten.
- 4.1.8. Die Rechte der Bürger auf Leben, Freiheit, Ehre und Besitz können – soweit sie von Allah und Seinem Propheten garantiert sind – unter keinen Umständen abgeschafft oder zeitweilig außer Kraft gesetzt werden.
- 4.1.9. Die bürgerlichen und religiösen Rechte der Minderheiten sollen geachtet und geschützt werden.

4.2. Wirtschaftspolitik

Das islamische ökonomische System ruht auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit, Maßhalten und ausgewogenen Beziehungen. Es ist ein universelles System, das ewige Werte enthält, die des Menschen Rechte gewährleisten und ihn ständig an seine Verpflichtungen gegenüber sich selbst und der Gesellschaft erinnern. Es verbietet jede Form der Ausbeutung, ehrt die Arbeit und ermutigt den Menschen, seinen Lebensunterhalt auf ehrliche Weise zu verdienen und sein Einkommen auf vernünftige Art zu gebrauchen. Die wichtigsten Eigenschaften dieses Systems sind:

- 4.2.1. Alle natürlichen Rohstoffe sind von Allah anvertrautes Gut (amâna), und der Mensch ist persönlich und kollektiv der Hüter (mustâhlif) dieser Rohstoffe. Des Menschen wirtschaftliche Leistung und ihre Belohnung ergeben sich aus der Natur dieses Sachverhaltes.
- 4.2.2. Reichtum muß durch Leistung und auf gesetzliche Weise erworben werden. Er sollte bewahrt und nur entsprechend den Vorschriften Allahs und Seines Propheten eingesetzt werden.

4.2.3. Reichtum soll gerecht verteilt werden. Wenn persönlicher Reichtum die legitimen Bedürfnisse seines Besitzers befriedigt hat, sollte der Überschuß für die Befriedigung der Bedürfnisse anderer Menschen verwendet werden.

4.2.4. Alle materiellen Güter, die dem Menschen im allgemeinen und der UMMA im besonderen zur Verfügung stehen, müssen immer auf die beste Weise verwendet werden. Niemand hat das Recht sie zu horten oder brachliegen zu lassen; oder sie zu vergeuden; oder sie in frivoler Weise zur Schau zu stellen, sei es als Person, Gemeinschaft oder als Staat.

4.2.5. Entwicklung ist ein wesentlicher Bestandteil wirtschaftlicher Tätigkeit. Teilnahme an ihr ist für jeden Muslim verpflichtend. Er muß hart arbeiten und immer versuchen, mehr zu produzieren als er für sich persönlich nötig hat, denn nur dann kann er seiner Verpflichtung zum zakât, dem Beitrag zum Wohl der andern, nachkommen.

4.2.6. Jeder Arbeiter hat das Recht auf eine gerechte Entlohnung für seine Arbeit. Es darf kein Unterschied gemacht werden, der auf Rasse, Farbe, Religion oder Geschlecht beruht.

4.2.7. Die Erwerbung von Reichtum und die Produktion von Gütern muß rechtens sein entsprechend den Vorschriften der šari'a. Geldverleihung gegen Zinsen (riban), Glücksspiel, Horten usw. sind als Erwerbsquellen nicht erlaubt.

4.2.8. Die Grundsätze von Gleichheit und Brüderlichkeit erfordern eine gerechte Teilung des vorhandenen Reichtums in guten wie in schlechten Zeiten. Zakât, sadaqa, 'afw (Überschuß) und Vererbung sind einige der Wege, die für ausgeglichene Verteilung von Reichtum und Besitz in der Gesellschaft in Frage kommen.

4.2.9. Personen, die infolge von dauernder oder zeitweiliger Behinderung unfähig sind, für ihr eigenes Wohlergehen

zu sorgen, haben gerechten Anspruch auf den Reichtum der Gesellschaft. Die Gesellschaft trägt für sie die Verantwortung und muß sich darum kümmern, daß die grundlegenden Notwendigkeiten des Lebens wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung und Gesundheitsfürsorge ohne Rücksicht auf ihr Alter, Geschlecht, Hautfarbe oder Religion ausreichend zu Verfügung stehen.

4.2.10. Die wirtschaftliche Macht der UMMA soll so strukturiert sein, daß Kooperation und Teilen innerhalb der UMMA mit einem Maximum an Selbstvertrauen und Eigenhilfe verbunden ist.

4.3. Erziehungspolitik

Erziehung ist ein wichtiger Grundpfeiler des islamischen Systems. Das Bemühen um Wissen, einschließlich der Kenntnis handwerklicher und anderer Berufe, ist für alle Muslime obligatorisch. Richtlinien islamischer Erziehungspolitik sind u.a.:

4.3.1. Es soll eine allgemeine, grundlegende Erziehung für alle Männer und Frauen der Gesellschaft geben. Zu diesem Zweck sollen ausreichende nationale Mittel zur Verfügung gestellt werden.

4.3.2. Ziel der Erziehung soll es sein, Menschen heranzubilden, die im Islam und seiner Wissenschaft zuhause sind und die Fähigkeit erworben haben, allen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, technologischen, physischen, intellektuellen und ästhetischen Erfordernissen der Gesellschaft zu genügen.

4.3.3. Die beiden parallelen Strömungen weltlicher und religiöser Erziehung, die heute in der muslimischen Welt vorherrschen, sollen verschmolzen werden. Alle Erziehungsbeauftragten sollen eine islamische Vision besitzen, die sie befähigt, das menschliche Denken in all seinen Formen auf dem Boden des Islam neu aufzubauen.

4.4. Sozialpolitik

Die sozialen Institutionen wie Moscheen, Familien, Gemeinde, soziale beratende Körperschaften, sozial-ökonomische Genossenschaften, usw. sind integrale Bestandteile des islamischen Systems und sollen auf den islamischen Prinzipien der Brüderlichkeit (*uhûwa*) und gegenseitiger Hilfe (*takâful*) ruhen. Die grundlegenden Ziele islamischer Sozialpolitik sind die folgenden:

- 4.4.1. Bestätigung, Wiederherstellung und Konsolidierung der Würde, Integrität und Ehre des Individuums.
- 4.4.2. Schutz und Stärkung der Familie als die Kernzelle der Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Ehrfurcht und Liebe für die Eltern.
- 4.4.3. Die Sicherstellung der vollen Rechte der Frauen im rechtlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, beruflichen und politischen Bereich – wie es der Islam den Frauen garantiert.
- 4.4.4. Eigenständigkeit, gegenseitige Konsultation, sozialer Zusammenhalt und Zusammenarbeit in allen Bereichen des nationalen Lebens.

4.5. Verteidigungspolitik

Die Verteidigungspolitik des Islam und der muslimischen Länder ist die heilige Pflicht aller Muslime. Wenn sich der Islam auch für den Frieden einsetzt, so fordert er doch die Muslime auf, immer bereit zu sein, Angriffe abzuwehren und zurückzuschlagen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sollen die muslimischen Länder:

- 5.4.1. Ihre Verteidigungspolitik maximal entwickeln;
- 4.5.2. danach streben, möglichst rasch durch eine eigene Waffenproduktion von anderen Staaten unabhängig zu werden;
- 4.5.3. auf die größtmögliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Verteidigungstätigkeit hinarbeiten;

4.5.4. einen Angriff auf irgendein muslimisches Land als Angriff auf die ganze muslimische Welt betrachten.

5. ZUSAMMENARBEIT UNTER DEN MUSLIMISCHEN STAATEN

Weitere Zusammenarbeit unter muslimischen Staaten erfordert die folgenden Maßnahmen:

- 5.1. Die muslimische Welt soll eine Islamischen Fond für gegenseitige Hilfe (bait al-mâl) gründen, durch welchen Mittel für muslimische Länder bereitgestellt werden sollen.
- 5.2. Die muslimische Welt soll ihre eigenen Geldreserven aufbauen und verwalten; außerdem soll sie geeignete Maßnahmen ergreifen, um ein gemeinsames Währungssystem zu gründen.
- 5.3. Unter den muslimischen Ländern soll ein gemeinsamer Markt ins Leben gerufen werden.
- 5.4. Die muslimische Welt soll ihre eigenen Institutionen gründen, um den Dienstleistungssektor (z.B. Banken, Versicherungen, Reisen, Schiffahrt, Verpackung, Transport, Werbung und Verkauf) in eigener Regie zu kontrollieren.
- 5.5. Die muslimische Welt soll die Produktionspolitik und die vertraglich abgesicherten Programme zur Entwicklung und Verbesserung von Qualität und Technik der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion in den verschiedenen Ländern koordinieren. Das Hauptziel in dieser Hinsicht sollte sein:
 - 5.5.1. Ausreichende landwirtschaftliche Kapazität und Nahrungsmittelreserven zu schaffen,
 - 5.5.2. Rohstoffe zur Veredelung im industriellen Sektor zu produzieren und
 - 5.5.3. die Entwicklung der Industrie, insbesondere der Schwer- und Basisindustrie, zu organisieren, um die muslimische

Welt bei den wichtigsten Investitionsgütern und Verteidigungswaffen unabhängig zu machen.

- 5.6. Die muslimische Welt soll eine gemeinsame Politik ausarbeiten, um gerechte und stabile Preise für ihre Rohstoffe und Bodenschätze zu erhalten. Sie muß das Recht auf vollständige Souveränität hinsichtlich Produktion, Preisystem, Verkauf und Gebrauch besitzen. Die muslimischen Staaten könnten auch einen gemeinsamen Fond organisieren, um ein wirkungsvolles Instrument der Marktintervention und Preisstützung zu haben.
- 5.7. Die muslimische Welt soll versuchen, eine grundlegende Änderung des gegenwärtigen internationalen Wirtschafts- und Währungssystems zu erreichen, sodaß auch die Entwicklungsländer ein gerechtes und angemessenes Wort beim Entscheidungsprozeß mitreden können.
- 5.8. Die muslimischen Staaten sollen eine Muslimischen Weltgerichtshof für alle zwischenstaatlichen Meinungsverschiedenheiten errichten.
- 5.9. Die muslimischen Staaten sollen eine Ständige Kommission zur Festlegung einer Informations- und Erziehungspolitik für die gesamte muslimische Welt berufen und die Produktionstechnik und das Know How auf dem Gebiet der Massenmedien stärker entwickeln.
- 5.10. Die muslimische Welt soll am Wohlergehen der muslimischen Minderheiten in nichtmuslimischen Ländern aktiven Anteil nehmen. Sie ist verantwortlich dafür, daß muslimische Minderheiten im Besitz der Menschenrechte sind und in voller Freiheit ihren islamischen Lebensstil entwickeln können.
- 5.11. Arabisch – die Sprache des Koran – soll zur Umgangssprache der muslimischen UMMA gemacht werden und dabei sollte jede Anstrengung unternommen werden, dieses Ziel zu erreichen.

6. DIE BEFREIUNG MUSLIMISCHER LÄNDER

Die Unterdrückung muslimischer Menschen und die Besetzung ihrer Länder in einigen Teilen der Welt erfüllt uns mit großer Sorge. Am meisten schmerzt die widerrechtliche Besetzung der heiligen Stadt Jerusalem (al-Quds). Es ist die heilige Pflicht der UMMA, sich zu erheben und kompromißlos für die Befreiung Jerusalems und aller anderen muslimischen Staaten zu kämpfen.

7. DIE EINHEIT DER UMMA

Die Menschen der muslimischen Welt sollen bei ihren Regierungen darauf drängen, daß dieses Rahmenprogramm als Richtlinie der Staatspolitik akzeptiert wird. Dies soll dann durch Verträge abgesichert werden und so zu größerer Einheit der UMMA – wie im Islam vorgesehen – führen.

Die UMMA ist heute zersplittert in Nationalstaaten; ihr Zustand gibt zu großer Besorgnis Anlaß, denn:

- 7.1. Trotz öffentlicher Erklärung einer Verpflichtung zum Islam wurden die islamischen Richtlinien im Leben der Menschen und in den Institutionen nicht verwirklicht;
- 7.2. Die tatsächliche Macht liegt im großen und ganzen in den Händen von Leuten, deren Herz nicht von der Lehre des Islam und dem Geist muslimischer Solidarität durchdrungen ist, und die versuchen, ihre eigenen Interessen über jene der muslimischen UMMA zu stellen;
- 7.3. Das gewaltige Wirtschaftspotential der UMMA wird in ungeheuerlicher Weise vergeudet. In vielen Fällen wird es für Ziele verwandt, die nach dem Koran illegal und unmoralisch sind. Statt ihn zur Beseitigung des wirtschaftlichen Gefälles und der sozialen Ungerechtigkeit innerhalb der UMMA zu gebrauchen, wird der Reichtum auf eine

Art und Weise verwendet, daß er letztlich jenen Kräften nützt, welche dem Islam und der muslimischen UMMA feindlich gegenüberstehen.

Wir erklären daher, daß die Ziele der Islamischen Ordnung nur erreicht werden können wenn:

1. die muslimische UMMA mit aller Kraft daran arbeitet, die Richtlinien des Islam auf persönlicher und kollektiver Ebene in die Tat umzusetzen und jede Art der Unterdrückung und Ausbeutung, jede Form von Diskriminierung und alle Islam-fremden Systeme, Gesetze und Gebräuche, welche in die muslimische Gesellschaft eingedrungen sind, auszumerzen.
2. eine echte islamische Elite in allen Bereichen der islamischen Welt die Führung übernimmt; eine Elite, die fähig ist, das Volk durch ihre moralische Stärke zu führen und nicht durch Gewalt, Zwang oder Manipulation; eine Elite, die dem Volk vertraut und der das Volk seinerseits Vertrauen entgegenbringt; eine Elite, welche sich der UMMA und vor allem Allah verantwortlich fühlt.

Nur unter einer solchen der Begeisterung fähigen Führung, die den Islamischen Richtlinien unzweideutig verpflichtet ist, können Muslime auf der ganzen Welt in eine organische Gemeinschaft eingegliedert werden und den Auftrag in die Wirklichkeit umsetzen.

O Volk der muslimischen UMMA, in jedem muslimischen Land, wo die bestehende Ordnung nicht ganz der Lehre des Islam entspricht, ist es deine heilige Pflicht für die Änderung zu kämpfen. O Volk der muslimischen UMMA, bleibe standhaft und gebe dein Letztes, um deine Pflicht, die Errichtung einer wahrhaft Islamischen Gesellschaft vorwärts zu treiben, zu erfüllen.

So helfe uns, Allah, Du bist der beste Beschützer und der beste Helfer.

Das „Programm für Studien in Strategie und internationaler Sicherheit“ (PSIS) wurde innerhalb des Instituts für höhere internationale Studien in Genf (Schweiz) gegründet. Sein Hauptziel besteht darin, einen Rahmen für Ausbildung, Forschung, Dokumentation und Konferenzen bereitzustellen, der die Erörterung wichtiger Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit, der Aufrüstung und der Rüstungskontrolle ermöglicht.

Die Fragen, mit denen sich das PSIS befaßt, lassen sich in vier miteinander verbundene Themenbereiche aufteilen:

- Allgemeine Probleme der internationalen Sicherheit
- Probleme der Sicherheit kleiner oder blockfreier Staaten
- Sicherheit und Entwicklung
- Rüstungskontrolle und Abrüstung

Programm für Studien in Strategie und internationaler Sicherheit

Institut für höhere internationale Studien

132, rue de Lausanne, CH-1211 Genf 21, Tel. (022) 31 17 30

PROGRAMM FÜR STUDIEN IN STRATEGIE UND INTERNATIONALER SICHERHEIT

Occasional Papers

Zu den Aktivitäten des Programms für Studien in Strategie und internationaler Sicherheit gehört die Veröffentlichung der Schriftenreihe OCCASIONAL PAPERS, in der aktuelle Fragen der internationalen Sicherheit und der Rüstungskontrolle erörtert werden. Folgende Nummern wurden bereits veröffentlicht:

1/1980 Theodor WINKLER: Nuclear Proliferation and the Third World: Problems and Perspectives
(Die atomare Abrüstung und die Dritte Welt: Probleme und Perspektiven).

2/1980 Islam in World Politics (Islam und Weltpolitik), mit Beiträgen von Arnold Hottinger, G.H. Jansen und Zuhayr Mikdashi.

3/1980 Steven E. MILLER: Arms and the Third World: Indigenous Weapons Productions (Rüstung und Dritte Welt: die einheimische Rüstungsproduktion).

Die OCCASIONAL PAPERS sind erhältlich bei:

PSIS-Sekretariat
Institut für höhere internationale Studien
132, rue de Lausanne
CH-1211 Genf 21
Schweiz

Lieferung nach Bestellung mit Vorauszahlung; Preis für ein Einzelexemplar (einschließlich Versandkosten):

Schweiz: 11,— SF
USA 7,— \$
Großbritannien: 3,— £
BRD: 12,— DM

Bei 5 oder mehr Exemplaren 20 % Ermäßigung. Bezahlung entweder per Scheck, ausgestellt auf „PSIS, Genf“ oder – innerhalb der Schweiz – durch Postanweisung an:

Société de Banque Suisse
12-172 (PSIS)
1211 Genève 11

